SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales
März 2001

PREISRÄTSEL:
SEITE 26
GEWINN: **Ein tolles Gesellschaftsspiel!**

Die SPERRE guckt über den münsterschen Tellerrand hinaus...

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die UNO tut was für die Menschen. Das Jahr 2001 hat sie zum internationalen Jahr der Freiwilligen erklärt. In diesem Jahr wird es viele schöne Sachen geben: Ehrenpreise für Ehrenamtliche, Freiwilligenförderprogramme, Schirmherrschaften und sogar eine UN-Exekutivkoordinatorin.
Hier kann die SPERRE mitreden. Immerhin ist sie vor 15 Jahren aus freiwilligem Engagement entstanden. Trotz der Zuschüsse vom Arbeitsamt, von der Stadt und vom Land ist sie ohne dieses freiwillige unbezahlte Engagement nicht denkbar. Arbeitslose sorgen sich in der Regel um eine neue berufliche Perspektive sowie um den Lebensunterhalt. Das Engagement für eine allgemeine Anlaufstelle ist den Erwerbslosen hoch anzurechnen, denn Arbeitslosenpolitik hat keinen hohen Stellenwert in unserem Land. Und wenn die beruflichen Bemühungen der Menschen erfolgreich sind, dann haben die Engagierten selbst in absehbarer Zeit keinen Nutzen mehr aus ihrem freiwilligen Engagement. Ansonsten bräuchte die SPERRE eher ein Jahr der Unfreiwilligen. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist ein Hauptthema der Zeitung. Das wird so bleiben, solange einer großen Zahl von Arbeitsuchenden nur eine kleine Zahl offener Stellen gegenübersteht. Will ein Politiker oder ein Verbandsfunktionär das Problem Arbeitslosigkeit nicht als gesellschaftliches Problem akzeptieren, fordert er unfreiwillige Arbeitsmaßnahmen. Auch über solche unfreiwilligen Maßnahmen hat die SPERRE wiederholt berichtet.
Freiwillig arbeitslos – das wäre was für das Jahr der Freiwilligen. In einer Tanzstunde mit 40 Mädchen und 36 Jungen bringt es Entlastung, wenn vier Mädchen freiwillig auf einen Jungen verzichten. Dieses Beispiel legt die Idee nahe, ob jemand freiwillig eine Zeitlang auf Erwerbsarbeit verzichtet, abgesichert mit einem Grundeinkommen des Staates. Vielen unfreiwillig Arbeitslosen würde es gefallen, wenn jemand freiwillig für sie den Arbeitsplatz zur Verfügung stellt. Ganz utopisch ist das nicht. Im Themenband ‚Arbeitswelt' für die Expo 2000 stellt Ulrich Beck dieses Konzept vor und verweist auf gute Erfahrungen in Dänemark.

Freiwillig geschrieben von

Arnold Voskamp

Arnold Voskamp

WAS DRIN IST

SEITE

4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Arbeiten lohnt sich doch.
Mehr Geld fürs Hobby Nr. 1.
Tauschbörse und Sozialhilfe.
Einmalzahlungen und Arbeitslosenunterstützung.

6 **DIE REGION LEBT!**
Die Info- und Beratungsstelle des Instituts für Kirche und Gesellschaft in Iserlohn.
Das Beratungs- und Arbeitslosenzentrum ‚Alte Post' in Gronau.
jfd-Beratungsstelle und Arbeitslosenzentrum ‚Kurbel' in Rheine.
Beschäftigungsinitiative und Arbeitslosenberatung ‚Horizonte e.V.' in Ennigerloh.
‚Telehaus Münsterland' in Oelde.

11 **SERIE: BEHINDERT IN MÜNSTER**
Die Schwerbehindertenvermittlung des Arbeitsamtes.
Die Hauptfürsorgestelle.

14 **EINSPRUCH - ARNOLDS TIP**
Urteile und Sozialinfos.

16 **NUR MUT!**
Kunst muß nicht brotlos sein!

18 **INTERVIEW**
„Widerstand macht Spaß."
Wilhelm Achelpöhler, münsterscher Kreisvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen auf der SPERRE-Couch.

22 **FRAUEN**
ErzieherInnenstellen für münstersche Grundschulen.

23 **MÜNSTER-PASS**
Bildungsangebote für Jung und Alt im Sobi.

24 **GELD ODER NICHT GELD**
Tauschringe / Existenzgeld (Buchrezension)

26 **RÄTSELHAFT**
Tolles Gesellschaftsspiel zu gewinnen!

Rosta
BUCHLADEN
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 26 36 89
Fax 26 52 96 07
Josef-Beckmann-Str. 5
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein belebend.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
Telefax: (0251) 47914
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Annemarie Besse (abe),
Maria Hamers (ham), Stefan Rißmann (sr),
Ralf Tieck (tie), Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:
Anne Neugebauer, Uli Wieners

Design, Layout, Satz:
Ralf Vassholz, Stefan Rißmann,
Michael Weist
Titel:
Ralf Vassholz, Stefan Rißmann,
Michael Weist

Fotos:
Maria Hamers, Björn Schwentker,
Michael Weist

Anzeigen, Spenden:
Kai Claaßen
Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung:
Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe
Druck:
Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement,
Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung.

Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht zu kürzen behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (April 2001):
23. März 2001
Redaktionsschluß: 2. März 2001
Anzeigenredaktionsschluß: 9. März 2001

Arbeiten lohnt sich doch

Kurt Klever (heißt natürlich in Wahrheit anders) hatte mutig zugegriffen. Er wollte nicht lange ohne Arbeit sein. Als arbeitsloser Lehrer hatte er schlechte Karten: die falschen Fächer, kein Spitzenexamen. Hilfsweise hatte er in anderen Bereichen gearbeitet. Jetzt sollte es endlich was werden. In Holland fehlten Lehrer. Die Holländer hatten sich an die deutschen Arbeitsämter gewandt, die Arbeitsämter gaben die Anfrage weiter an die Arbeitslosen.

Viele haben sich nicht beworben, sie mochten den Schritt in eine andere Sprache und Kultur nicht machen. Das Arbeitsamt machte Mut für Neues. In Holland gebe es viel bessere Möglichkeiten am Arbeitsmarkt als in Deutschland. Die Arbeitslosen sollten keine Nachteile davon haben, wenn es nicht klappen sollte. Außerdem förderte das Arbeitsamt mit einem Intensiv-Sprachkurs.

Kurt Klever hatte sich auf eine Stelle in Enschede beworben. Sie war erst mal auf 10 Monate befristet, es war auch nur eine halbe Stelle. Außerdem verdienen Lehrer in Holland nicht so gut wie in Deutschland. Vor der Arbeitslosigkeit hatte er längere Zeit ein sehr gutes Einkommen gehabt. Er verdiente erst mal weniger als sein Arbeitslosengeld und hatte dazu viel Aufwand, Fahrkosten und so weiter. Kurt hoffte jedoch, daß sich die Sache zu seinen Gunsten gut entwickeln würde.

Kurt blieb in Münster wohnen und pendelte drei Mal die Woche nach Enschede. Aus seiner Hoffnung wurde nichts. Nach Ende des Schuljahres war seine Stelle futsch ohne Aussicht auf Verlängerung. Jetzt konnte er sich wieder arbeitslos melden. Er stellte erneut einen Antrag und erwartete das gleiche Arbeitslosengeld, das er vor Beginn der Arbeit in Enschede bekommen hatte. Die Sachbearbeiterin in der Leistungsabteilung erklärte ihm jedoch: "Sie haben als Grenzgänger mehr als vier Wochen in den Niederlanden gearbeitet. Damit ist das dort verdiente Einkommen Ihr neues Bemessungsentgelt. Wir handeln hier nach einer Verordnung der Europäischen Union und nicht nach deutschem Arbeitslosenrecht."

Möbel-Trödel
CHANCE e.V.
Haftentlassenenhilfe
Spenden und kaufen für einen guten Zweck
- preiswerte, gute 2. Hand-Möbel
- Haushaltsauflösungen
- Antik-Schnäppchen
Bohlweg 68a
Tel. 0251-42202

Kurt fiel die Kinnlade runter: Jetzt wurde er eingestuft nach der halben Stelle. Vor dem Holland-Engagement hatten die Berater des Arbeitsamtes erklärt: Wer es wagt, geht kein Risiko ein. Wer keine dauerhafte Perspektive entwickelt, könne sich wieder arbeitslos melden und weiter die bisherige Arbeitslosenunterstützung beziehen. Nun hatte er deutlich weniger als Sozialhilfe.

Kurt legt Widerspruch ein. Im Arbeitsamt erntet er nur Verständnis für seine Situation. Es entschuldigt sich für die falschen Informationen vor Beginn des niederländischen Abenteuers. Das Arbeitsamt sagt, die Bedeutung der EU-Verordnung sei damals nicht klar gewesen. Zwischenzeitlich seien die Arbeitsämter ausdrücklich auf die dort niedergelegte Rechtslage für Grenzgänger hingewiesen worden. Der Widerspruch würde kaum Erfolg haben. Anders wäre es gewesen, wenn er einen Wohnsitz in Enschede angemeldet hätte. Man würde ihm empfehlen, an das Bundesarbeitsministerium heranzutreten mit der Bitte um eine Klärung auf höchster Ebene.

Über den örtlichen Bundestagsabgeordneten tritt er ans Arbeitsministerium heran. Dieses erklärt, daß eine nachteilige Behandlung von Pendlern ins EU-Ausland nicht erwünscht sei. Die Durchführungsanweisung bezüglich der fraglichen EU-Verordnung soll ergänzt werden um einen Absatz, daß der sogenannte Bestandsschutz nach deutschem Recht (also gleich hohes Arbeitslosengeld trotz einer geringer bezahlten Zwischenbeschäftigung) auch für Grenzgänger ins EU-Ausland gilt. Vorab wird das örtliche Arbeitsamt ermächtigt, im gleichen Sinne das Arbeitslosengeld von Kurt Klever zu bemessen.

Kurt hätte nie gedacht, mal an die Bundesregierung heranzutreten, aber sein Einsatz hat sich gelohnt. avo

Mehr Geld fürs Hobby Nr. 1

Wer wenig Geld hat, kann seit dem Jahreswechsel mehr Zuschüsse zu den Wohnungskosten erhalten. Es gibt mehr Wohngeld und einen Heizkostenzuschuß. (Wir haben schon in der letzten SPERRE berichtet.)

Das **Wohngeld** ist zum Jahresanfang deutlich erhöht worden. Die Mietobergrenzen liegen nun eher im Bereich der real gezahlten Mieten. Viele Wohngeldbezieher können jetzt mehr Wohngeld erhalten, wenn sie einen Antrag auf Neuberechnung stellen. Wer bisher kein Wohngeld erhielt, kann auf diese Weise jetzt in den Bereich kommen, wo sich ein Antrag wieder lohnen kann. Wer bisher ergänzende Sozialhilfe zu einem andern, zu geringen Grundeinkommen erhält, kann möglicherweise mit dem angestiegenen Wohngeld auf die Sozialhilfe verzichten. Wohngeld wird monatlich gezahlt ab dem Monat, in dem der Antrag im Wohnungsamt eingegangen ist.

Dazu kommt in diesem Jahr einmalig der **Heizkostenzuschuß**. Die Heizungskosten sind deutlich gestiegen, deshalb hat die Bundesregierung für Haushalte mit geringem Einkommen einen Heizkostenzuschuß aufgelegt. 5 Mark pro Quadratmeter erhalten alle, die in diesem Winterhalbjahr für mindestens drei Monate Geringverdiener, Bezieher von Wohngeld oder von Bafög waren und bis zum 30. April einen Antrag stellen. Das Wohnungsamt zahlt automatisch für alle berechtigten Wohngeldbezieher.

Geringverdiener sind solche mit einem Gesamtnettoeinkommen von bis zu 1650 Mark für das erste Familienmitglied plus 650 Mark für die zweite Person plus je 550 Mark für jede weitere. Sie stellen einen Antrag ans Sozialamt, etwa in folgender Form: "Ich beantrage den Heizkostenzuschuß für unsere Wohnung mit 80 Quadratmetern, siehe anliegender Mietvertrag. Wir sind drei Personen, mein Mann verdient 2500 Mark netto, für unser Kind erhalten wir 270 Mark Kindergeld, siehe die beiliegenden Bescheinigungen."

Wer drei Monate Bafög bezieht, erhält pauschal 100 Mark nach einem Antrag ans Bafög-Amt. avo

Tauschbörse und Sozialhilfe

Mitglieder von Tauschbörsen bieten einander ihre Dienstleistungen an, ohne daß diese Arbeiten in Geld bewertet werden. Vielmehr geht es ihnen darum, daß sie auf längere Sicht genau so viel für andere tun wie sie selbst annehmen. Dies wird in der Regel in einem Ringtausch geschehen, indem z.B. Karl Meier für Ilse Müller 3 Stunden Gartenarbeiten verrichtet, diese schneidet Erwin Schulz drei Mal die Haare, Herr Schulz wiederum hilft Herrn Meier beim Einstieg ins Internet. So haben alle einen vergleichbaren Nutzen. In Münster gibt es zwei Tauschringe (s. S. 24 f). Fraglich war bisher, wie denn der Nutzen des Austausches von Leistungen aus der Sicht von Sozialhilfe und anderen Transferzahlungen ist. Ist die geleistete Tätigkeit eine Erwerbstätigkeit, ist die empfangene Leistung ein Einkommen?

Vor vier Jahren hat die Bundesregierung festgestellt, daß Leistungen aus einem Tauschring grundsätzlich als Einkommen in der Sozialhilfe zu berücksichtigen sind. Was das aber konkret heißt, blieb weiterhin offen. Der ‚Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge' (das ist der Verband von Sozialämtern und Wohlfahrtsverbänden) hat sich im letzten Jahr mit der Frage näher befaßt anhand der Praxis des Münchener Sozialamtes. Die Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Vereins werden im Sozialhilferecht häufig und mit einigem Gewicht herangezogen.

Das Sozialamt München betrachtet Tauschringaktivitäten in der Regel nicht als Einkommen. Die Beteiligung an einem Tauschring und der Umfang der empfangenen Leistungen wird als sinnvoll und wünschenswert betrachtet, denn sie fördern die Selbsthilfe sowie soziale Kontakte und die Integration in die Gesellschaft. Der Umfang dieser Arbeiten sei im Normalfall nicht so groß, daß nach den Regeln des Sozialamtes die Sozialhilfe zu kürzen sei. Viele Angebote sind auch so speziell, daß damit kein Sozialhilfebedarf gedeckt wird, z.B. Musikstunden, Computerunterricht oder Babysitting. Umgekehrt werde möglicherweise ein Anspruch auf Sozialhilfeleistungen nicht formuliert, weil der Bedarf schon durch den Tauschring erfüllt wird, beispielsweise eine Wohnungsrenovierung. Außerdem sei ein erheblicher Verwaltungsaufwand vonnöten, um das anrechenbare Einkommen zu ermitteln. Das Sozialamt München empfiehlt deshalb, im Normalfall die Tauschringleistungen nicht als Einkommen des Sozialhilfebeziehers anzurechnen. Der Arbeitskreis ‚Sozialhilferecht' des Deutschen Vereins schließt sich dieser Wertung an. avo

Einmalzahlungen und Arbeitslosenunterstützung

Das Verfassungsgericht hatte im Mai 2000 die Arbeitsämter und die Krankenkassen aufgefordert, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei der Berechnung von Lohnersatzleistungen genauso zu berücksichtigen wie laufendes Einkommen. Seit dem 22. Juni 2000 war dann auch das Arbeitslosengeld und das Krankengeld mit vorläufigen Bescheiden angehoben worden. Die Arbeitslosenhilfe blieb genauso außen vor wie die Zeiträume vor dem 22. Juni 2000, wir haben in den letzten Ausgaben der SPERRE ausführlich darüber berichtet. Weitere detaillierte Informationen, auch über mögliche rechtliche Schritte, gibt die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen unter **www.erwerbslos.de** sowie jede Arbeitslosenberatungsstelle.

Die Bundesregierung hat das vorläufige Vorgehen vom letzten Sommer zum Jahresende nachträglich mit einem neuen Gesetz zur Berücksichtigung von Einmalzahlungen abgesegnet. Statt eines pauschalen Zuschlages für Weihnachtsgeld geht ab dem 1. Januar 2001 das konkret bezahlte Weihnachtsgeld in die Bemessung des Arbeitslosengeldes ein. Für die Arbeitslosenhilfe muß das Bemessungsentgelt neu berechnet werden, es enthält die Einmalzahlungen nicht.

avo

Veranstaltungshinweis

Die Arbeitslosenberatung im cuba hat wiederholt Anfragen zu einzelnen Themen des Sozial- und Arbeitsrechts. Sie plant deshalb Informationsveranstaltungen in loser Folge mit Experten zu diesen Fragen. Es beginnt mit Herrn Schlüter von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte zum Thema:

Erwerbsunfähigkeit, Berufsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit, Rente

Wer wegen gesundheitlicher Einschränkungen seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, muß sich grundsätzlich neu orientieren. In welchem Zusammenhang stehen Erwerbsunfähigkeitsrente und Arbeitslosenunterstützung? Wie läuft das Rentenverfahren? Wieviel Rente habe ich zu erwarten? Kann ich dazuverdienen? Wie sieht es aus nach Ablauf einer befristeten EU-Rente?

Informationsveranstaltung am 29. März um 17.30 Uhr im Veranstaltungsraum des cuba, Achtermannstr.10-12, Münster, Erdgeschoß, Eingang vom Hof, im Rollstuhl zugänglich.

Die Info- und Beratungsstelle des Instituts für Kirche und Gesellschaft in Iserlohn

Informieren, Koordinieren, Kooperieren

Die Info- und Beratungsstelle des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen in Iserlohn begann Ende der 70er Jahre mit ihrer Arbeitslosenarbeit. Damals wurden sehr viele Frauen erwerbslos, weil beispielsweise die Textilindustrie kaputtging. Da entstand ein Angebot vom Sozialamt und der Evangelischen Kirche von Westfalen, das die erwerbslosen Frauen unterstützen wollte. Dann, nach 1982, entstanden sehr viele Arbeitsloseninitiativen. Sie gründeten Vereine, die später auch ABM-Stellen einrichten konnten. Diese Entwicklung wurde von Anfang an von der Info-und Beratungsstelle Iserlohn begleitet.

Maria Koch und Christa Martens von der Beratungsstelle koordinieren zum einen die Landestreffen, wo zweimal im Jahr alle aktiven Erwerbslosen aus Nordrhein-Westfalen eingeladen werden. Zudem bietet die Beratungsstelle einen regelmäßigen Informationsdienst, der acht bis zehn Infobriefe pro Jahr verschickt, und natürlich die Begleitung und Beratung der Hauptamtlichen oder der ABM-Kräfte in den Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren.

Der wichtigste Tätigkeitsbereich der Info- und Beratungsstelle ist die politische Lobbyarbeit: der Versuch, immer wieder das Thema Arbeitslosigkeit nicht ad acta zu legen, weder in der Kirche noch außerhalb der Kirche. Und das ist eines der schwierigsten Geschäfte, da Arbeitslosigkeit oft totgeschwiegen wird. Arbeitslosigkeit ist nicht etwa selbst verschuldet, sondern im Grunde genommen sind gesellschaftliche Strukturen schuld daran. Deshalb versucht die Beratungsstelle mit der Rheinischen Kirche, anderen Landeskirchen, den Gewerkschaften und den politischen Parteien eng zu kooperieren. Manchmal erweist sich dies aber als sehr schwierig, weil immer noch Berührungsängste da sind in Bezug auf erwerbslose Menschen. Deshalb kann von Zufriedenheit bei Maria Koch und Christa Martens keine Rede sein. Dringenden Handlungsbedarf konstatieren sie an allen Ecken und Enden. Zwar sieht es mit Blick auf die arbeitsmarktpolitische Struktur besser aus als in anderen Bundesländern, beispielsweise gibt es längst nicht überall geförderte Arbeitslosenzentren. Dennoch ärgert es die beiden, daß alle sagen, die Arbeitslosenzahlen gehen runter. Vor zehn Jahren, als sie mit ihrer Arbeit anfingen, waren es nicht vier Millionen, sondern 500.000 Arbeitslose ....

Foto: Hamers

Maria Koch (links) und Christa Martens, Referentinnen der Info- und Beratungsstelle

Die angedachte Regionalisierung der Arbeitslosenberatungs- und Betreuungsarbeit wird sich auch auf die Tätigkeit der Iserlohner Info- und Beratungsstelle auswirken. Die Regionen werden zukünftig selbstverantwortlich mit den Geldern umgehen nach den jeweiligen Zielvereinbarungen, die sie getroffen haben. Die Richtlinien, die es vorher gegeben hat, sind nicht übernommen worden. Das Qualitätskonzept für Beratungsstellen beispielsweise geht nur als Empfehlung mit in die Regionen. Die Region kann aber letztlich selbst entscheiden. Koch und Martens gewinnen der Regionalisierung insofern Gutes ab, denn die Regionen wissen am besten, wo sie der Schuh drückt und welche Programme oder welche Maßnahmen sie ergreifen können. Allerdings gewährt das Land, das über Jahre gute Erfahrungen mit den Zentren und Beratungsstellen gemacht hat, keinen Bestandsschutz mehr für die bestehenden Einrichtungen.

Auf den Nägeln brennt den beiden Iserlohner Beraterinnen zweierlei: Zum einen fordern sie schon lange, daß ein dauerhaft öffentlich geförderter Beschäftigungssektor entsteht. Das, was die Beschäftigungsinitiativen machen, sei schließlich sehr sinnvoll. Und zweitens interessiert sie das Thema ‚Zukunft der Arbeit' ganz besonders: Wie kann Arbeit umverteilt werden, wie kann Reichtum umverteilt werden? Auch bei der Regionalisierung dürfe es nicht darum gehen, um jeden Preis in Arbeit zu vermitteln, sondern darum, wie diese Arbeit eigentlich aussieht. abe, ham

Info- und Beratungsstelle
des Instituts für Kirche und Gesellschaft

Berliner Platz 12
58638 Iserlohn

Tel.: 02371 - 352-178 od.181
Fax: 02371 - 352-189

E-Mail: m.koch@kircheundgesellschaft.de

Das Beratungs- und Arbeitslosenzentrum ‚Alte Post' in Gronau

Die Zukunft gehört der vermittlungsorientierten Beratung.

Als 1979 das Textilunternehmen ‚van Delmen' mit viel Getöse und noch mehr verschwundenen Fördergeldern pleite ging, waren in der Region auf einen Schlag über tausend Leute arbeitslos. Damals war Heinrich Hütteman Sozialsekretär beim Sozialamt der Evangelischen Kirche von Westfalen. Aus diesem kirchlichen Zusammenhang kam der Gedanke, daß man was für die Arbeitlosen tun muß. So entstand Anfang 1980 das Arbeitslosenzentrum ‚Alte Post'.

Die ‚Alte Post' ist ein Beratungszentrum mit verschiedenen Einrichtungen und Trägern. Ursprünglich war sie in Privatbesitz und nicht renoviert. Einige Zeit später wurde eine Werkstatt eingerichtet und mit der Zeit hat sich alles weiterentwickelt. Die 1987 eingerichtete ABM-Stelle ist in der Region die einzige feste Stelle, die es von kichlicher Seite gibt. Zielgruppe der Beratung sind junge Erwachsene. Es geht darum, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und berufliche Perspektiven für sie aufzubauen. Die Drogenberatung hat immer zwei bis drei Plätze frei. Diese Stellen werden vom Arbeitsamt finanziert. Teilweise kommen aber auch Langzeitarbeitslose und Leute mit Behinderungen. Außerdem gibt es in der ‚Alten Post' auch eine Schuldnerberatung, mit der die Beratungsstelle für Arbeitslose zusammenarbeit.

In Gronau hat man relativ früh angefangen, mit einem Arbeitgeberverband Praktikumsplätze zu organisieren. Dieses Projekt wurde dann aber an eine Kreisbeschäftigungsförderungsgesellschaft übergeben. Heute bedauert man das bei der ‚Alten Post', weil man damit auch jede Menge Potential weggegeben hat. Dann hat es längere Zeit ein Projekt für Migrantinnen gegeben. In diesem Projekt wurden Orientierungs - und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Ziel durchgeführt, daß die Frauen den Hauptschulabschluß erlangen.

Jahrelang lag der Nachfrageschwerpunkt auf sozialrechtlichen Themen - also Wohngeld, Kindergeld und was es alles so gibt in diesem Bereich. Inzwischen kann man bei der ‚Alten Post' aus arbeitsmarktpolitischer Sicht gut nachvollziehen, daß eine Umsteuerung hin zur vermittlungsorientierten Beratung stattfindet. Dennoch befürchtet man, daß dadurch gleichzeitig eine Lücke in die sozialrechtliche Beratung gerissen wird. Da gibt es nämlich eine große Nachfrage von Leuten, die sozialrechtliche Dinge nicht verstehen. Für die wird man jetzt nicht mehr die Zeit haben, diese Zusammenhänge deutlich zu machen. Der regionale Schwerpunkt der Beratungstätigkeit liegt eindeutig in Gronau und Epe. In der Region Gronau gibt es immer doppelt soviele Arbeitslose wie im Umfeld. Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Arbeitsmarktpolitik, also der regionalen Budgetierung der EU-Fördermittel, geht es momentan darum, sich von dem alten Programm und dessen Inhalten zu lösen und etwas komplett Neues zu installieren. In die Region Gronau fließen in drei Jahren 23 Millionen Mark an Fördermitteln, die sich auf unterschiedliche Politikfelder aufteilen. In der ‚Alten Post' geht man davon aus, daß die Beratungsarbeit in Zukunft vor Ort in die Strukturen der Arbeitsmarktpolitik eingebunden wird. Im Moment laufen hierzu Gespräche mit dem Arbeitsamt, mit der Beschäftigungsgesellschaft und dem Sozialamt.

In der Werkstatt der ‚Alten Post'
Foto: ‚Alte Post'

Es geht darum, sich als Beratungsstelle politisch und auch in der örtlichen Zuständigkeit neu zu verorten. Eine inhaltliche Umorientierung findet statt. In der Vergangenheit war der Schwerpunkt ausgelegt auf eine sozialrechtliche Informationsstelle, verbunden mit Hilfeangeboten. In Zukunft wird das eben die sogenannte vermittlungsorientierte Beratung sein. Das Projekt ‚Jugend in Arbeit' zum Beispiel ist eine vermittlungsorientierte Beratung. Da gibt es positive Ansätze, die konstruktiv sind. Wenn die Jugendlichen das aber nicht wollen, sieht man sich als Beratungsstelle in der Gefahr, der verlängerte drückende Daumen des Arbeitsamtes zu sein. Diese Konfliktsituation muß man in angemessener Weise bewältigen, ohne daß die Leute Schaden nehmen.

abe, ham

Michael Topp
Paul Demel
Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/414 05 05 · Fax 0251/414 05 06

Beratungszentrum
‚Alte Post'
Poststr. 17

48599 Gronau

Tel.: 02562 - 48 87
Fax: 02562 - 96 59 60

E-Mail:
info@ev-jugendhilfe.de

Beratungsstelle für Arbeitslose und Arbeitslosenzentrum sind umgezogen!

jfd-Beratungsstelle und Arbeitslosenzentrum ‚Kurbel' in Rheine

Die jfd-Beratungsstelle für Arbeitslose, früher Kardinal-Galen-Ring 98, und das Arbeitslosenzentrum ‚Kurbel', früher Wadelheimer Chaussee 195, haben jetzt neue Räume. Am 9. Januar ist es endlich soweit gewesen, daß die neuen Räumlichkeiten bezugsfertig waren.

Die Beratungsstelle und das Arbeitslosenzentrum können nun endlich zusammenziehen in die gemeinsamen Räume in der Lindenstr. 59, dem ehemaligen Sozialgebäude der Deutschen Bundesbahn AG. Nach fünfjähriger Arbeit, die immer wieder dadurch erschwert wurde, daß das Zentrum an der Wadelheimer Chaussee zu weit außerhalb lag und räumlich getrennt war von der Beratungsstelle Kardinal-Galen-Ring in der zentralen Stadtlage, hat sich damit ein großer Wunsch erfüllt.

Die Sozialpädagogin Judith Renger, die von Anfang an die Arbeit mit den erwerbslosen Männern und Frauen in Rheine und im Kreis Steinfurt begleitete, schaut auf ein hartes Stück Arbeit zurück: „Für Menschen, die keine Lobby haben in unserer Gesellschaft, geeignete Räume zu erkämpfen - im wahrsten Sinne des Wortes - braucht einen langen Atem." Dank der engagierten Arbeit des jfd-Vorstands, vertreten duch Ute Ehrenberg (1. Vorsitzende), und das Engagement von Thomas Rickert (Geschäftsführer) kam es nun in diesem Jahr endlich zum Zuschlag für die neuen Räume.

Die neue Lage ist sehr gut gewählt. Sie ist wie die Lage der Beratungsstelle sehr zentral. Als Pluspunkt kommt hinzu, daß die neuen Räume in absoluter Bahnhofsnähe und gegenüber dem Arbeitsamt Rheine liegen. „Durch diese günstige Lage", so freut sich das Team des Arbeitslosenzentrums und der Beratungsstelle für Arbeitslose, „können wir einerseits betroffene Erwerbslose aus Rheine besser ansprechen sowie dem Auftrag besser gerecht werden, als Beratungsstelle für den ganzen Kreis Steinfurt zur Verfügung zu stehen."

Zur Zeit besteht das Team der Beratungsstelle und des Arbeitslosenzentrums aus Judith Renger (Dipl.-Sozialpädagogin), Gisela Lösing-Fraune (Dipl.-Sozialpädagogin), Gisela Altmeppen (Dipl.-Sozialpädagogin). Die

Judith Renger (links) und Praktikantin Jessica Brinker von der jfd-Beratungsstelle

Mitarbeiterinnen verweisen hier kurz auf erste zusätzliche Angebote. Weitere sind für die Zukunft geplant. Im Februar begann zum Beispiel ein Kursus zur beruflichen Orientierung für Wiedereinsteigerinnen aus akademischen Berufen. Außerdem wird der Kursus ‚Deutsch im Berufsalltag für Spätaussiedler und andere Emigranten' seit Januar in einem umfangreichen Rahmen angeboten. Weitere Angebote und Seminare folgen.

Die Seminararbeit sowie das Beratungsangebot rund um das Thema Erwerbslosigkeit werden weiterhin Schwerpunkte der Arbeit bleiben. Fragen zu diesem Themenkomplex können nun in der Lindenstraße 59 gestellt werden. Telefonische Auskunft gibt es weiterhin unter den Telefonnummern: **0 59 71/9 59 72** für die Beratungsstelle und **0 59 71/9 59 73** für das Arbeitslosenzentrum.

Text und Foto: jfd

jfd-Beratungsstelle für Arbeitslose
und Arbeitslosenzentrum ‚Kurbel'

Lindenstr. 59
48431 Rheine

Tel.: 05971 - 9 59 72 (jfd)
05971 - 9 59 73 (‚Kurbel')
Fax: 05971 - 50 165

Karin Piene
Rechtsanwältin

Tätigkeitsschwerpunkte

- Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht

Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Beschäftigungsinitiative und Arbeitslosenberatung ‚Horizonte e.V.' in Ennigerloh

Im Mittelpunkt steht der Mensch.

***Vermittlung*: das Zauberwort jeder Arbeitsamtsstatistik, die etwas auf sich hält. Meistens kombiniert mit dem auch sehr schönen Wörtchen *Erfolg*. Vermittlungserfolge - so nennen sich die blanken Zahlen, die Herr Jagoda immer wieder gern ins monatliche Rampenlicht stellt. Die Leute von der Beschäftigungsinitiative und Arbeitslosenberatung ‚Horizonte' in Ennigerloh vertehen unter *Vermitteln* erstmal etwas ganz anderes: den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen. Mithelfen, daß die Leute, denen ihre Sorgen über den Kopf wachsen, wieder in ihre eigene Mitte zurückfinden. Das ist immer der erste Schritt. Und ohne den kann man ja bekanntlich nicht losgehen ....**

„Unsere wichtigste Aufgabe sehen wir darin, die individuelle und eigenverantwortliche Handlungsfähigkeit jedes einzelnen Ratsuchenden zu stärken", bringt ‚Horizonte'-Berater Karsten Schüder das Credo der Ennigerloher Initiative auf den Punkt. Als Sozialarbeiter teilt er sich in der Arbeitslosenberatung eine Stelle mit der Pädagogin Monika Hoberg-Bienemann. Beide haben es immer wieder auch mit Menschen zu tun, die aus der Bahn geworfen wurden und den Weg zurück ins sogenannte normale Leben alleine nicht finden. „Meist stehen die Leute mit ganz konkreten Fragen bei uns auf der Matte", so Schüder, „beispielsweise, wenn das Arbeitsamt ihnen eine Sperrzeit angedroht hat oder wenn sie mit einer Bewerbung nicht klarkommen." Eines allerdings haben die beiden ‚Horizonte'-Berater schon lange verinnerlicht: Die Arbeitslosigkeit der Ratsuchenden und die daraus resultierenden akuten Nöte sind nicht selten nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs, in dem jede Menge kleine und größere persönliche Katastrophen auf Tauchstation gegangen sind. Die Frage, wo der Schuh eigentlich drückt, steht deshalb ganz oben im Gesprächskonzept von Hoberg-Bienemann und Schüder.

Anna Ballauf (Name von der Redaktion geändert) beispielsweise, 28 Jahre alt, von Beruf Technische Zeichnerin und seit mehreren Jahren arbeitslos, brennen gleich mehrere Probleme auf den Nägeln, als sie bei ‚Horizonte' auftaucht: Die Sozialhilfe reicht hinten und vorne nicht, schon gar nicht für den Kredit, den sie bei der Bank abstottern muß; außerdem hat sie von Zeit zu Zeit Alkoholprobleme und steckt gerade, nachdem sie monatelang stabil war, mitten in einer Trinkphase. „Das Wichtigste", erinnert sich Karsten Schüder, „war jetzt erstmal, im Gespräch mit Frau Ballauf eine Vertrauensbeziehung aufzubauen und in einem Clearing den eigentlichen Beratungsbedarf abzuklären."

'Horizonte'-Berater Karsten Schüder: "Patentlösungen, die wir auf dem silbernen Tablett servieren könnten, gibt es eigentlich nie. Deshalb wollen wir die Ratsuchenden motivieren, selbst aktiv zu werden."

Daß es mit einem einzigen Beratungsgespräch in vielen Fällen nicht getan ist, liegt auf der Hand. „Solche Problemlagen", so Schüder, „sind dafür in der Regel viel zu komplex und viel zu verfestigt." Dementsprechend laufen ‚Horizonte'-Beratungen dann in zwei aufeinanderfolgenden Schritten ab: Als erstes versucht man, die Lebenssituation des Ratsuchenden zu stabilisieren, indem man zum Beispiel Wohnungs-, Verschuldungs- oder Familienprobleme - so vorhanden - bespricht; erst, wenn hier Lösungswege gefunden wurden, wendet man sich gemeinsam mit dem Klienten der Frage zu, ob und wie er eine neue Arbeit finden kann. Schüder legt Wert darauf, daß der ‚Horizonte'-Beratung ein ganzheitlicher Ansatz zugrundeliegt, demzufolge die Probleme des Ratsuchenden in ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen und sich nicht etwa auf irgendeine allererste Ursache reduzieren lassen: „Das ist wie mit der Henne und dem Ei." Wenn nicht einmal die größten Denker der Menschheit darauf kommen, was zuerst da war, dann maßt man sich das bei ‚Horizonte' lieber auch nicht an.

Anna Ballauf hat im Laufe der Gespräche die Notwendigkeit erkannt, sich mit ihrer Alkoholabhängigkeit einer professionellen Therapie anzuvertrauen. Parallel dazu nimmt sie weiterhin die Beratungsgespräche bei ‚Horizonte' wahr, in denen es jetzt darum geht, ihre materielle Situation zu stabilisieren. Um der Gefahr zu begegnen, daß sie ihre gesamte Sozialhilfe gleich am Monatsanfang in Alkohol umsetzt, hat sie von sich aus beantragt, daß das Sozialamt die Zahlungsweise in kleinere Einheiten portioniert. Und allmählich tastet man sich auch an Fragen der beruflichen Neuorientierung heran. „Wir konnten Frau Ballauf sogar schon im Bewerbungs-Center des Arbeitsamtes unterbringen", freut sich Karsten Schüder. Dort kann sie unter fachlicher Anleitung ihre Bewerbungsunterlagen erstellen. Wer weiß - vielleicht hört man ja demnächst von einem Vermittlungserfolg, der auch in Jagodas Statistik zu Buche schlägt .... Text und Foto: mic

Beratungsstelle für Arbeitslose
bei ‚Horizonte e.V.'

Westkirchener Str. 90
59320 Ennigerloh

Tel.: 02524 - 9339-15
Fax: 02524 - 9339-26

Im ‚Telehaus Münsterland' leben und arbeiten behinderte und nicht behinderte Menschen unter einem Dach

Eine Idee rechnet sich

***Integrieren*. Ein schönes Wort. Kein Wunder, wo es doch aus dem Lateinischen kommt. Auf deutsch bedeutet es in etwa: Verschiedenes vereinigen. *Integrieren*. Ein Wort, das irgendwie en vogue ist. Viele reden darüber. Aber nur wenige setzen es couragiert in die Tat um! Wie zum Beispiel die Gründer vom ‚Telehaus Münsterland' im beschaulichen Oelde. Mit großem Engagement haben sie und viele, viele Helfer eine Idee verwirklicht, die es prompt bis zum Expo-Projekt gebracht hat: behinderte und nicht behinderte Menschen in ihrem Arbeits- und Lebensalltag zueinanderzubringen. 1 + 1: Wer sich nicht nur aufs schnöde Addieren versteht, hat sehr schnell raus, daß die Telehäusler in Oelde viel mehr damit meinen als bloß zwei.**

Die 23-jährige Stefanie Hellmann ist kleinwüchsig und auf einen Elektro-Rollstuhl angewiesen. Als ausgebildete Verwaltungsfachangestellte war sie zunächst eine Zeitlang arbeitslos. „Über meinen Pflegedienst habe ich vor gut einem Jahr vom Telehaus erfahren", erinnert sie sich. Damals wohnte sie noch bei ihren Eltern in Fröndenberg: „Die Möglichkeit, quasi unter einem Dach zu arbeiten und zu wohnen, war für mich natürlich sehr interessant." Da sie über gute PC-Kenntnisse verfügt, bewarb sie sich umgehend auf eine der im Telehaus offenen Stellen als Call-Center-Agentin. Im Sommer 2000, als ihre behindertengerechte Wohnung auf dem Telehaus-Gelände bezugsfertig war, trat sie ihren Job an.

„Unser integratives Konzept schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe", ist Telehaus-Geschäftsführer Burkhard Urban überzeugt: „Wir tragen dazu bei, daß Schranken zwischen nicht behinderten und behinderten Menschen abgebaut werden und schaffen zudem zukunftssichere Arbeitsplätze." Stolz ist Urban auch darauf, daß die Ende 1997 ohne jegliche finanzielle Förderung gegründete ‚Telehaus Münsterland GmbH' inzwischen gut 30 Mitarbeiter beschäftigt und schwarze Zahlen schreibt. „Das gilt nicht nur für die Betriebssegmente Letter-Shop und Buchhaltung", bekräftigt Urban, „sondern vor allem auch für unser Standbein, das Call-Center." Zwischen 2.000 und 3.000 Anrufe registriere man pro Monat: „Spitzen von über 10.000 Anrufen sind aber auch keine Seltenheit!" Angesichts der guten Auftragslage macht man sich im Telehaus bereits Gedanken darüber, einen 24-Stunden-Telefonservice anzubieten. Aber damit ist konzeptionelle Kreativität der Telehäusler noch lange nicht erschöpft: „Bereits in diesem Jahr", so Urban, „werden wir den von der Industrie- und Handelskammer anerkannten Ausbildungsgang ‚Call-Center-Agent' einrichten. Und zwar nicht nur, um unseren Eigenbedarf zu decken." Behinderte Menschen und Rehabilitanden können dann im Telehaus Münsterland den entsprechenden Berufsabschluß erwerben.

„Guten Tag. Mein Name ist Stefanie Hellmann. Was kann ich für Sie tun?"

Daß sich ein so spannendes Projekt wie das Telehaus Münsterland ausgerechnet in Oelde angesiedelt hat, halten nur Auswärtige für einen Zufall. Die wissen nämlich meistens nicht, daß Integration hier schon seit langem Methode hat. Das fing mit der Friedland-Siedlung an, die seit den 60er-Jahren Zuwanderern eine neue Heimat bietet, setzte sich mit der Gründung der Westfälischen Schule für Körperbehinderte fort und wird jetzt durch das Telehaus zu einer runden Sache. Was man hier umsetzt, ist eigentlich sogar Integration hoch drei: Integration von behinderten Menschen und Nichtbehinderten; Integration der Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten und Freizeit; Integration von alteingesessenen Oeldern und den Menschen, die im Telehaus arbeiten und wohnen.

Stefanie Hellmann fühlt sich im Telehaus Münsterland sehr wohl. Die abwechslungsreiche Arbeit fordert sie und macht ihr Spaß, interne EDV- und Rhetorik-Schulungen bieten jede Menge Informationen. Die Wege sind kurz, der Kollegenkreis ist intakt. Und sie verdient ihr eigenes Geld. „Das Wichtigste", fügt sie mit leisem Nachdruck hinzu, „ist aber, daß ich hier mein Leben viel selbstbestimmter leben kann als früher."

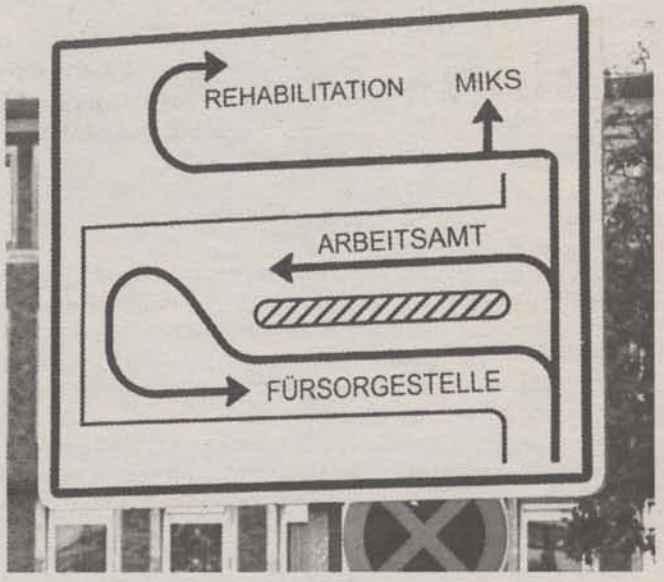
Text und Foto: mic

„Behindert ist man nicht. Behindert wird man!" Es ist knapp zwei Jahre her, daß dieser Slogan von münsterschen Plakatwänden allen, die es wollten oder auch nicht, in die Augen schaute. Werden Menschen in Münster behindert? Oder können Menschen mit Behinderungen hier ein selbstbestimmtes und integriertes Leben führen? Überhaupt: Wer ist eigentlich behindert und wer nicht? Welche Stellen gibt es in Münster, an die sich behinderte Menschen mit ihren Fragen und Problemen wenden können? Und wer macht was? Fragen über Fragen. Grund genug für die SPERRE, sich im Rahmen einer Serie mit den verschiedenen münsterschen Trägern der Behindertenarbeit zu beschäftigen und Einrichtungen vorzustellen, die Hilfen und Angebote für behinderte Menschen bereithalten.

Behindert in Münster

Teil III:

Die Schwerbehindertenvermittlung des Arbeitsamtes. Die Hauptfürsorgestelle



Yassmin Hussein (Name von der Redaktion geändert), 29-jährige Iranerin mit deutscher Staatsangehörigkeit und mehrfachbehindert, hat jetzt einen Job. Nach erfolgreich abgeschlossenem Pädagogik-Studium war die kleinwüchsige, halbseitig gelähmte und stark sehbehinderte Frau gut ein Jahr lang arbeitslos. „Narürlich waren Frau Husseins Arbeitsmarktperspektiven damals nicht eben rosig", erinnert sich Gerd Böhm, Arbeitsberater für Schwerbehinderte und berufliche Rehabilitation im Arbeitsamt Münster, an den Tag im März vergangenen Jahres, als die junge Frau zum erstenmal bei ihm in der Sprechstunde saß. „Ich habe also unseren ABM-Fundus durchforstet", erzählt Böhm, "und bin dabei auch gleich fündig geworden." Kurz zuvor hatte nämlich der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes die Förderung einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme beim Theaterpädagogischen Zentrum Münster ausgesetzt, weil kein geeigneter Bewerber für die Stelle gefunden werden konnte. Böhm fackelte nicht lange, setzte sich mit dem Theaterpädagogischen Zentrum in Verbindung und bot an, die ABM wiederzubeleben. Natürlich unter der Voraussetzung, daß sich Yassmin Hussein für die Stelle eignet und interessiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: "Seit Anfang Januar ist Frau Hussein in Arbeit", freut sich Böhm für die behinderte Frau: „Sie kann dort Praxiserfahrung sammeln und sich mit ihren Kenntnissen irgendwann in den regulären Arbeitsmarkt bewerben. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß aus der ABM später ein Dauerarbeitsplatz wird." Und noch eins findet Böhm sehr wichtig: „Frau Hussein zahlt während ihrer ABM Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wie jeder andere Arbeitnehmer auch. Diejenigen, die über den öffentlich finanzierten zweiten Arbeitsmarkt schon mal die Nase rümpfen, vergessen leider meistens, das gegenzurechnen."

Gerd Böhm weiß jedoch, daß es mit der Stelle an sich für Yassmin Hussein nicht getan ist: „Da Frau Hussein infolge ihrer Behinderungen nicht unter regulären Gegebenheiten arbeiten kann, benötigt sie eine behindertengerechte Arbeitsplatzausstattung. Also haben wir gemeinsam mit unserem Technischen Berater den Betrieb besucht und alles bis ins Detail durchgesprochen." Für Yassmin Hussein gehören zu dieser Ausstattung ein Spezialstuhl, ein größerer Computermonitor und ein tiefenverstellbarer Schreibtisch. Böhm unterstreicht den Clou der Sache: „Diese Ausstattung finanziert das Arbeitsamt nicht etwa dem Arbeitgeber, sondern Frau Hussein persönlich." Wenn die behinderte Frau also irgendwann eine neue Stelle findet, kann sie ihren eigenen Arbeitsplatz einfach mitnehmen.

So weit, so gut. Da Yassmin Hussein stark sehbehindert ist, braucht sie allerdings für ihren neuen Job dringend eine Vorlesekraft. Auch, was das angeht, ist Böhm mit seinem Latein keineswegs am Ende: „Wir sind gerade dabei, eine sogenannte Arbeitsassistenz für Frau Hussein einzustielen." Die Option, schwerbehinderten Arbeitnehmern nötigenfalls eine assistierende Kraft an die Seite zu stellen, ist im neuen ‚Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter (SchwbBAG)', das seit dem 1. Oktober 2000 geltendes Recht ist, erstmals gesetzlich festgeschrieben. „Normalerweise kümmert sich darum die Hauptfürsorgestelle", erklärt Böhm, „aber da Frau Hussein eine ABM-Stelle hat, trägt in diesem Fall das Arbeitsamt die notwendigen Kosten." Der Verwaltungsausschuß wird demnächst darüber entscheiden. Eines weiß Gerd Böhm aber jetzt schon: „Wenn die Arbeitsassistenz bewilligt wird, möchte ich die Stelle natürlich auch mit einer schwerbehinderten Person besetzen!"

Die berufliche Eingliederung von schwerbehinderten Menschen hat sich die Bundesanstalt für Arbeit (BA) als Schwerpunktaufgabe für das Jahr 2001 auserkoren. Das hat auch mit dem neuen SchwbBAG zu tun. Dort kann man schwarz auf weiß nachlesen, daß der Bestand an schwerbehinderten Arbeitslosen bis Oktober 2002 um 25 Prozent reduziert werden soll. „Das entspricht deutschlandweit etwa 50.000 Personen", rechnet Böhm vor. ▶

„Ich kann sehen!"

Nicht mit den Augen, das stimmt. Aber mit den Ohren, mit der Nase, mit der Haut, mit dem Stock. Und mit meinen Händen!

Ein anspruchsvolles Vorhaben, das die BA und alle anderen am Arbeitsmarktgeschehen beteiligten Institutionen da schultern wollen. Gerd Böhm hat noch ein paar Zahlen parat: „Für den Arbeitsamtsbezirk Münster bedeutet das, daß wir die Anzahl der schwerbehinderten Arbeitslosen von 570 im vergangenen Septemer auf 410 drükken müssen." Zur Zeit sind bei ihm noch knapp 500 schwerbehinderte Menschen arbeitslos gemeldet. Man ist also auf dem richtigen Weg.

Doch wie sieht der aus? Sprießen unverhofft überall am Wegesrand behindertengerechte Arbeitsplätze aus dem Boden? Kommen einem plötzlich Heerscharen von Arbeitgebern entgegen, die nichts lieber wollen als behinderte Menschen einzustellen? „Das", lacht Böhm, „wäre wirklich zu schön, um wahr zu sein. Nein, leider Gottes ist das nach wie vor eine ziemliche Sisyphusarbeit." Man müsse eben, aber das sei schon immer so gewesen, unverdrossen von Pontius nach Pilatus - sprich: zu Bildungsträgern, Arbeitgebern und politischen Gremien - marschieren und gucken, wo man etwas bewegen könne. „Immerhin", so Böhm, „steht uns jetzt mehr Geld für die Qualifizierung von schwerbehinderten Arbeitslosen zur Verfügung." Beispielsweise hat man im Oktober letzten Jahres am Handwerkerbildungszentrum Münster die Maßnahme ‚Fachkauffrau/-mann und Kommunikationsassistent/-in im Handwerk' eingerichtet. Böhm rechnet vor: „In dem Kurs haben wir 18 Leute untergebracht. Die sind jetzt erstens nicht mehr arbeitslos und haben zweitens nach ihrem Abschluß viel bessere Karten am Arbeitsmarkt als zuvor." Und dann sind da auch noch die Lohnkostenzuschüsse, die das Arbeitsamt Arbeitgebern gewähren kann, wenn sie einen schwerbehinderten Arbeitslosen unbefristet einstellen. Dieser Topf ist für den Arbeitsamtsbezirk Münster im Jahr 2001 mit 2,3 Millionen Mark gefüllt. „Beantragt hatten wir zwar sechs Millionen", bedauert Gerd Böhm. Trotzdem hat er noch ein Bonbon in petto: „Arbeitgeber, die ihre Beschäftigungsquote erfüllen, können von uns für besonders schwer behinderte Mitarbeiter zwischen 12.000 und 32.000 Mark zusätzlich bekommen!"

Die Mittel für so einen Bonus stammen aus dem Budget der ‚Aktion Integration III'. Michael Schneider, Referent im Psychosozialen Fachdienst (PSFD) bei der Hauptfürsorgestelle des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, erläutert die Hintergründe der Aktion: „Wie der Name schon verrät, gehen wir mit diesem Programm in die dritte Runde der bereits 1990 ins Leben gerufenen Aktion Integration. Für die Jahre 2000 bis 2003 stellen die beiden nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände und das Landesarbeitsamt 88 Millionen Mark zur Verfügung, mit deren Hilfe wir behinderte Menschen in Lohn und Brot bringen wollen." Die ersten beiden Durchgänge der Aktion haben dazu beigetragen, daß zwischen 1990 und 1999 immerhin etwa 8.000 Menschen mit Behinderungen eine Arbeitsstelle fanden. Das Spektrum der Fördermöglichkeiten reicht vom genannten Bonus über eine monatliche Aufstockung der ABM-Förderung bis hin zu Beihilfen für die behindertengerechte Ausstattung von Arbeitsplätzen. Und das können beispielsweise auch Teilzeit- oder sogar Telearbeitsplätze sein. Letzteres ist natürlich für Beschäftigungssuchende oder Arbeitnehmer, die infolge ihrer Behinderung nicht mehr so mobil sein können, besonders interessant. „Wenn der Mitarbeiter nicht zur Arbeit kommen kann", wird Schneider sprichwörtlich, „dann muß die Arbeit eben zum Mitarbeiter kommen." Ein münsterscher Energieservice ist übrigens gerade dabei, mit finanzieller und beratender Unterstützung der Hauptfürsorgestelle einen solchen Telearbeitsplatz für einen gehbehinderten Kollegen einzurichten.

Geld, soviel steht fest, spielt bei der Eingliederung behinderter Menschen in das Erwerbsleben eine große Rolle. Aber Geld ist eben längst nicht alles. Darüber ist sich auch Michael Schneider im Klaren: „Natürlich ist die Finanzierung sehr wichtig für die Integrationsprojekte. Aber ohne flankierende Beratung und Betreuung stünden sie nur auf einem Bein." Deshalb hat man bei der Hauptfürsorgestelle eine ganze Reihe von Fachdiensten eingerichtet, die sich um die konkreten organisatorischen und persönlichen Aspekte der beruflichen Integration behinderter Menschen kümmern. Da gibt es den PSFD, den Fachdienst für Blinde und Sehbehinderte, den Fachdienst für Gehörlose und Hörbehinderte, den Fachdienst für Suchtkranke mit Sitz in der Gütersloher Bernhard-Salzmann-Klinik und den Technischen Fachdienst, der vor Ort Fragen der Arbeitsplatzausstattung und der Arbeitsorganisation klärt. PSFD's gibt es auch auf örtlicher Ebene, beispielsweise im münsterschen Sozialamt (die SPERRE berichtete). „Wir in der Hauptfürsorgestelle", so Schneider, „nehmen deshalb vorwiegend Aufgaben der fachlichen Koordinierung und der Qualitätssicherung wahr."

Und dann sind da auch noch die Integrationsfachdienste (IFD'S, die SPERRE berichtete). Geht es beim PSFD in erster Linie um die Stabilisierung bereits bestehender Beschäftigungsverhältnisse, so bemüht sich der IFD um die Vermittlung schwerbehinderter Menschen in den regulären Arbeitsmarkt. Was das mit der Hauptfürsorgestelle zu tun hat? Eine ganze Menge, findet Schneider: „Gemeinsam mit dem Förderkreis Sozialpsychiatrie hat die Hauptfürsorgestelle den münsterschen Integrationsfachdienst bereits 1988 ins Leben gerufen. Damit waren wir in Deutschland Vorreiter!" Daß das neue SchwbBAG die flächendeckende Einrichtung von IFD's vorschreibe, verdanke sich nicht zuletzt der damaligen Pionierarbeit und bestätige im übrigen die Integrationserfolge, mit denen die IFD's in Westfalen-Lippe Jahr für Jahr aufwarten konnten. „Grundgedanke der Idee mit den Integrationsfachdiensten", fährt Schneider fort, „war und ist, ambulante Beratungs- und Betreuungsangebote für für behinderte Menschen mit beson-

deren Handicaps vorzuhalten." Gerade gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen, für die man den IFD ursprünglich installiert habe, gebe es in der Gesellschaft nach wie vor eine ganze Latte an Vorurteilen. Hier gelte es, Überzeugungsarbeit zu leisten: bei den Arbeitgebern, bei den betroffenen Menschen selbst, in der Öffentlichkeit. 50 Millionen Mark stehen für die bundesweite Etablierung der IFD's zur Verfügung. „Das wird nicht reichen", ist sich Berater Gerd Böhm vom münsterschen Arbeitsamt sicher. Walter Riester überlegt auch schon, ob und wo er noch weitere 30 Millionen locker machen kann.

Die Arbeit des IFD ist äußerst beratungsintensiv. Wer hier mitarbeitet, muß jede Menge Fingerspitzengefühl an den Tag legen und darf keine Angst vor kleinen Schritten haben. „Mit dieser Wühlarbeit", so Schneider, „wäre das Arbeitsamt alleine schlicht überfordert." Er weist darauf hin, daß die „für Arbeitgeber und behinderte Menschen maßgeschneiderte Wunderwaffe" mit dem SchwbBAG organisatorisch dem Arbeitsamt zugeordnet wurde. Ob das Sinn macht, wird die Zukunft zeigen. Vor allem die Neuregelung der IFD-Finanzierung, die sich nicht mehr wie bisher an der Zahl der Planstellen im IFD, sondern an der konkreten Anzahl der vom Arbeitsamt zugewiesenen Beratungsfälle orientiert, könnte sich als Pferdefuß erweisen. „Nach der früheren Regelung hatten die IFD-Mitarbeiter mehr Zeit für den einzelnen Ratsuchenden. Jetzt wird der Druck sicherlich zunehmen", mutmaßt Schneider. Trotzdem gewinnt er der ganzen Sache auch etwas Positives ab: „Der münstersche Integrationsfachdienst wird zwei oder sogar drei Stellen hinzubekommen." Dann könne man sich beispielsweise intensiver als bisher darum kümmern, die Berufschancen auch von lernbehinderten Menschen zu verbessern.

Text und Fotos: mic

Ansprechpartner im Arbeitsamt und in der Hauptfürsorgestelle

Arbeitsamt

Gerd Böhm
Tel.: 698 - 422
Fax: 698 - 111
E-Mail: Gerd.Boehm@Arbeitsamt.de

Hauptfürsorgestelle

Michael Schneider
Tel.: 591 - 272
Fax: 591 - 5998

Zum Beispiel .... Sabine Gebbert.

„Die Multiple Sklerose ist das Chamäleon unter den neurologischen Erkrankungen", beschreibt Sabine Gebbert bildhaft die tückische Krankheit, unter der sie seit mehreren Jahren leidet: „Ihre Symptome und Verlaufsformen sind so unterschiedlich, daß die Ärzte zunächst oft im Dunkeln tappen und ganz andere Krankheiten diagnostizieren." Die Ursachen der Multiplen Sklerose (MS) sind noch immer weitgehend unbekannt. Soviel aber ist klar: Es handelt sich um schleichend voranschreitende Entzündungen des Nervensystems. Das körpereigene Immunsystem greift dabei das die Nervenstränge schützende Zellgewebe an und zerstört es sukzessive: „Die Nerven liegen blank." Wenn Sabine Gebbert das sagt, meint sie es eben nicht nur sprichwörtlich.

Sabine Gebbert war 27 Jahre alt, als man die MS bei ihr feststellte. Betroffen sind ihr Rückenmark und die Sehnerven. Sie hat ein eingeschränktes Gesichtsfeld. Nur kurzzeitig kann sie sich gehend fortbewegen, meist ist sie auf ihren Rollstuhl angewiesen: „Wenn ich mich beim Laufen überanstrenge, stimuliert das die Spastik in meinen Beinen", erläutert sie, „dann steht die Muskulatur ständig unter Strom und kann vom Gehirn nicht mehr kontrolliert werden." Die Krankheit, das will sie nicht schönreden, schränkt ein. Und sie löst, nicht zuletzt wegen der unsicheren Verlaufsprognose, Ängste aus. Doch Sabine Gebbert hält dagegen: „Ich habe immer seltener einen Schub und mit dem Laufen klappt es heute besser als vor zwei Jahren."

Die ganze Sache ging 1994 mit einer anscheinend harmlosen Bandscheibenoperation los. „Die Ausfallerscheinungen beim Laufen, die die Ärzte auf meine Rückenprobleme zurückgeführt hatten, blieben auch nach der Operation", erzählt Sabine Gebbert von der Zeit, in der erstmals der Verdacht aufkam, daß hinter ihren gesundheitlichen Schwierigkeiten noch eine andere Krankheit stecken könnte als der Bandscheibenvorfall. 1995 wurde dann die MS diagnostiziert. „Erst war ich völlig fertig, aber irgendwann habe ich mich entschlossen, nach vorne zu gucken." Mit einer individuell ausbalancierten Spritzentherapie und kontinuierlicher Krankengymnastik nahm sie den Kampf gegen die Krankheit auf. „Ich registriere seither alle Dinge bewußter als früher. Und ich genieße das Leben mit seinen großen und kleinen Ereignissen viel intensiver", beschreibt sie den Bewußtseinswandel, den sie in den letzten Jahren bei sich selbst festgestellt hat. Heute denke sie viel öfter als früher: ‚Mir geht's gut!'

Nach einer Umschulung zur Hörgeräteakustikerin, die sie 1999 als Jahrgangsbeste abschloß, fand Sabine Gebbert trotz einiger vielversprechender Vorstellungsgespräche und Betriebspraktika keine Stelle im erlernten Beruf. „Die meisten anderen aus meinem Jahrgang hatten da weit weniger Probleme", regt sich bei ihr der Verdacht, daß ihre Behinderung und ihre eingeschränkte Beweglichkeit potentielle Arbeitgeber von einer Einstellung abgeschreckt haben könnten. Sie selbst aber lebt nach der Maxime: ‚Bangemachen gilt nicht!' Seit Juli dieses Jahres arbeitet sie auf Teilzeitbasis als Telefonagentin bei einem großen münsterschen Call-Center. „Natürlich ist das nicht gerade die qualifizierteste aller denkbaren Tätigkeiten", behält sie einen klaren Blick für die Realitäten. Aber: „Für mich ist das eine neue Chance!" Durch den Job sei sie viel selbstbewußter geworden, und außerdem verdiene sie endlich ihr eigenes Geld.

Mit den Rahmenbedingungen ihrer Arbeit ist Sabine Gebbert sehr zufrieden: Das Gebäude ist vollkommen barrierefrei, ihr Arbeitsplatz behindertengerecht ausgestattet. Sie hebt die Bereitschaft ihres Arbeitgebers hervor, Menschen mit Behinderungen im Arbeitsalltag zu unterstützen. Und sie freut sich darüber, daß ihre Arbeitszeitwünsche bei der Einteilung der Schichten weitgehend berücksichtigt werden. Bleibt zu hoffen, daß ihr befristeter Arbeitsvertrag in ein Dauerbeschäftigungsverhältnis mündet: „Die Chancen stehen gut."

Text und Fotos: mic

URTEILE

Sozialhilfe und Arbeitspflicht von jungen Müttern

Die Mutter eines Kleinkindes von unter drei Jahren kann vom Sozialamt nicht verpflichtet werden, als Tagesmutter zu arbeiten. Sie darf genau wie eine Mutter mit Erziehungsurlaub selbst entscheiden, ob sie erwerbstätig sein will, solange ihr Kind jünger ist als drei Jahre. Die Sozialhilfe darf ihr nicht wegen Arbeitsverweigerung gekürzt werden.

OVG Münster 22 B 282/00 vom 10.4.00, aus ndv 6/2000

Sozialhilfe oder Bankkredit

Wer dringend auf Sozialhilfe angewiesen ist und einen ablehnenden Bescheid bekommt, kann mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht dagegen vorgehen. Der Antrag darf nicht einfach verweigert werden mit Hinweis auf einen von der Bank eingeräumten Dispokredit. Dieser Dispokredit stammt in der Regel aus einer Zeit mit laufenden Einkommen und hat bei Bedürftigkeit meist seine rechtliche Grundlage verloren. Bei einem Streit um laufende Leistungen dürfte außerdem recht bald eine untragbare Zinsbelastung auftreten.

OVG Münster 22 B 282/00 vom 10.4.00, aus ndv 6/2000

Kinderfahrrad vom Sozialamt

Das Sozialamt muß Kindern von bedürftigen Eltern ein Kinderfahrrad zur Verfügung stellen.

Verwaltungsgericht Münster 5 K 2886/98 vom 8.1.01, (noch nicht rechtskräftig)

Asyl bei politischer Verfolgung in einem Bürgerkriegsland

Auch Flüchtlinge aus einem Bürgerkriegsland können als politisch Verfolgte in Deutschland Asyl erhalten. Politische Verfolgung setzt nicht voraus, daß eine nach außen und innen völlig stabilisierte Herrschaft besteht. Wenn eine Bürgerkriegspartei in einem Kernterritorium mit einer gewissen Stabilität Herrschaft ausübt, können Übergriffe als politische Verfolgung nach deutschem Asylrecht anerkannt werden.

Bundesverfassungsgericht 2 BvR 260/98, nach *quer* Oktober 00

40 % weniger Lohn als üblich ist sittenwidrig

Ein Gehalt, das mehr als 40 % unter dem allgemeinen Lohnniveau liegt, ist unsittlich; die Vereinbarung über die Lohnhöhe ist unwirksam. Der Arbeitgeber muß dann 100 % vom normalüblichen Lohn bezahlen. Es reicht nicht, daß er sich an dem orientiert, was gerade nicht mehr als sittenwidrig bezeichnet wird, also etwa an einem Minimallohn von knapp 30 % unter dem Durchschnitt.

Arbeitsgericht Herne, 5 Ca 4010/ 97 vom 5.8.98, nach *quer* Oktober 00

Keine bezahlte Freistellung bei Niederkunft der Freundin

Wenn im Tarifvertrag geregelt ist, daß Arbeitnehmer bei der Niederkunft ihrer Ehefrau einen Tag bezahlt freigestellt werden, dann gilt das nicht für den Partner in einer nichtehelichen Beziehung bei der Geburt seines unehelichen Kindes.

Bundesarbeitsgericht, 6 AZR 492/99 vom 18.1.01

Negatives Arbeitszeitkonto beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis

Kann allein der Arbeitnehmer darüber bestimmen, ob er weniger als die vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit arbeitet, dann stellt ein negativer Stand auf dem Arbeitszeitkonto einen Vergütungsvorschuß dar. Dieser darf mit der letzten Lohnforderung verrechnet werden.

Bundesarbeitsgericht, 5AZR 334/99 vom 13.12.00

Keine Erstattung einer Geldbuße wegen Lenkzeitüberschreitung

Eine Klausel im Arbeitsvertrag, mit der eine Transportfirma ihrem Arbeitnehmer die Erstattung von Geldbußen wegen Verkehrsübertretungen zusagt, ist sittenwidrig und damit unwirksam. Der Arbeitgeber muß dem Fahrer ein Bußgeld also nicht erstatten, zumindest nicht auf arbeitsvertraglicher Grundlage. Möglicherweise hat der Arbeitnehmer gegen den Arbeitgeber einen Anspruch auf Schadensersatz. Wenn jedoch keine konkret nachweisbare Dienstanweisung vorliegt, die nicht ohne die Fahrzeitenübertretung zu erfüllen ist, hat der Arbeitnehmer auch auf diesem Wege keinen Anspruch gegen seine Firma.

Bundesarbeitsgericht, 8 AZR 465/00 vom 25.1.01

Mieterhöhung nach Wärmedämmung

Der Vermieter, der eine Mieterhöhung wegen Wärmedämmungsmaßnahmen geltend macht, muß durch eine Wärmebedarfsberechnung belegen, in welchem Umfang sich der Verbrauch an Heizenergie verringert.

Kammergericht 8 Re Miet 6159/00vom 17.8.00, nach *Mieter helfen Mietern* Dez 00

Schweinehaltung in der Mietwohnung

Der Mieter ist berechtigt, ein Schwein in der Wohnung zu halten, wenn grundsätzlich Tiere gehalten werden können und die Nachbarn in den letzten zwei Monaten nicht belästigt worden sind.

Amtsgericht Berlin-Köpenick, 17 C 88/00 vom 13.7.00 nach *Mieter helfen Mietern* Dez 2000

Elternzeit statt Erziehungsurlaub

Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub bieten einen Ansatz, um Kinderkriegen und Beruf zu verbinden durch eine Babypause oder verringerte Arbeitszeiten. Trotz des Rechts auf spätere Rückkehr an den Arbeitsplatz waren dennoch bisher 2 von 3 Müttern nach Ablauf des Erziehungsurlaubs ihre vorherige Arbeit los. *(Das Gesetz richtet sich zwar ausdrücklich auch an die Väter, in der Praxis reduzieren aber bisher weiterhin fast ausschließlich die Frauen ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Kindererziehung. Die weibliche Form in diesem Text ist nicht erwünscht, sondern leider die Realität.)*

Nun ist das Gesetz geändert worden für die ab 1.1.2001 Geborenen. Beim Erziehungsgeld sind die Einkommensfreibeträge ein wenig angehoben worden, nachdem immer mehr Eltern herausgefallen waren aus dem Anspruch auf Erziehungsgeld. Die maximale Teilzeitarbeit neben dem Erziehungsgeld ist auf 30 Stunden je Woche angehoben worden. Klarstellungen gab es für arbeitslose Antragstellerinnen: Auch wer Arbeitslosengeld bezieht, kann einen Antrag auf Erziehungsgeld stellen. Außerdem dürfen arbeitslose Erziehungsgeldbezieherinnen nur für maximal 30 Stunden verfügbar sein, also ihr Arbeitslosengeld oder ihre Arbeitslosenhilfe auch nur auf Teilzeitbasis beziehen. Wichtiger ist die Änderung beim Erziehungsurlaub. Dieser heißt künftig Elternzeit und nicht mehr ‚Urlaub' – die Reform regt eine neue Verbindung von Erziehungszeit und Berufstätigkeit an.

Foto: SPERRE-Archiv

Erziehungszeit und Erwerbstätigkeit

Das reformierte Erziehungsgeldgesetz setzt verstärkt darauf, die Berufstätigkeit nicht vollständig zu unterbrechen, sondern sie nur zu reduzieren, damit die Frauen mehr als einen Fuß in der Tür zum Job behalten. Die Änderungen zum 1.1.2001 verbessern die rechtlichen Möglichkeiten, mit reduzierten Arbeitszeiten neben dem Beruf Spielraum für Kinder zu haben. Um die passenden Arbeitsbedingungen aushandeln zu können, muß die werdende Mutter über die eigenen Arbeitsmöglichkeiten während der nächsten 3 Jahre Bescheid wissen, sie sollte ihre Rechte und auch die Bedingungen des Betriebes gut kennen, dann kann sie besser verhandeln.

Erziehungszeit und Erwerbslosigkeit

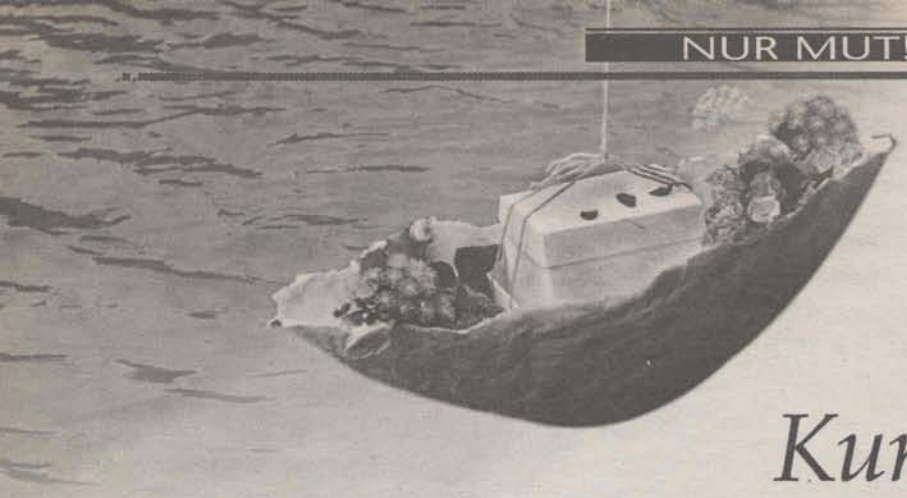
Wenn es keine befriedigende Kinderbetreuung gibt, wenn der Betrieb keine Teilzeitarbeit anbietet, wenn Arbeitszeiten nicht passen, wenn der Wegeaufwand zu groß, wenn die Arbeitsbelastung zu hoch ist, dann kündigt so manche junge Mutter ihre Arbeit. Manchmal legt der Betrieb die Kündigung nahe, weil inzwischen ohne die junge Frau weitergeplant worden ist. Kündigt eine Frau, um ihr Kind besser betreuen zu können, dann hat sie vom Arbeitsamt keine Sperrzeit zu erwarten. Allerdings bemessen sich dann Arbeitslosengeld, Arbeitsangebote und Fortbildungsmöglichkeiten nach den eingeschränkten Arbeitszeiten. Nach Ende der zeitlichen Einschränkung bemißt sich auch das Arbeitslosengeld ohne die Einschränkung.

Wer erwerbslos war oder während des Bezuges von Erziehungsgeld arbeitslos geworden ist, kann Erziehungsgeld neben dem Arbeitslosengeld oder der Arbeitslosenhilfe beziehen. Die Arbeitslosenunterstützung darf sich dann nur an einer Teilzeitarbeit bemessen. Zusammen mit dem Kindergeld, dem Erziehungsgeld und dem Wohngeld mag das fürs erste reichen.

Wiedereinstieg nach der Elternzeit

Ein häufiges Problem ist der Arbeitsumfang und die Arbeitszeiteinteilung nach dem Erziehungsurlaub beziehungsweise der Elternzeit. In vielen Fällen bietet der alte Betrieb nur eine Beschäftigung im vorherigen Umfang, also in der Regel Vollzeitarbeit, an. Das neue Teilzeitgesetz (seit 1.1.2001) bietet eine rechtliche Möglichkeit, auch nach der Kleinkindphase im bisherigen Betrieb in Teilzeit zu arbeiten, wenn der Betrieb eine bestimmte Mindestgröße hat und einer Teilzeitbeschäftigung nichts Gravierendes entgegensteht.

Wer eine längere Zeit ganz draußen war aus dem Beruf, kann über Förderprogramme des Arbeitsamtes und des Sozialamtes eine Fortbildung durchlaufen oder einen Zuschuß für mögliche neue Arbeitgeber mitbringen. avo



Kunst muß nicht brotlos sein!

Die Bildhauer Antonia und Frank Thürich sind bekennende Geschäftsleute

Mit einer bescheidenen Garagenwerkstatt fing es 1995 an. Das ist aber auch schon alles, was Antonia und Frank Thürich mit Bill Gates gemeinsam haben. Der Wagemut nämlich, sich als bildende Künstler selbständig zu machen, hat ihre kleine Arche nicht etwa sanft an den Strand der Milliardäre gespült, sondern erstmal auf stürmischer Soll-und-Haben-See ganz schön durchgerüttelt. Doch die beiden hielten unbeirrt Kurs. Mit ihrer Kunstschule und ihren patentierten Bestattungsurnen an Bord liegen sie mittlerweile in einem geschützten Handelshafen wohlbehalten vor Anker. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Thürichs nicht irgendwann wieder Segel setzen und mit neuer Fracht in See stechen werden...

„Ich verdiene gerne Geld!" Haarscharf am dampfenden Teepott vorbei wischt Frank Thürich das Klischee des ebenso begnadeten wie bettelarmen Künstlers vom runden Tisch, kaum daß wir an demselben Platz genommen haben. Er und seine Frau Antonia hatten bislang allerdings noch nicht viel Zeit, sich an das gute Gefühl zu gewöhnen, daß Kunst keineswegs bloß Lebensinhalt, sondern eben auch Lebensunterhalt sein kann. Zum einen liegt dies sicherlich daran, daß ihre im April 1999 gegründete ‚Thürich GbR' noch nicht allzu lange schwarze Zahlen schreibt. Vor allem aber sind die beiden gelernten Steinbildhauer viel zu sehr mit ihren verschiedenen Projekten und deren Vermarktung beschäftigt, als daß sie Muße hätten, sich auf einer gut gepolsterten Bilanz auszuruhen.

Gruppenbild mit Urnen. Antonia Thürich will mit ihrer Kunst das gesellschaftliche Tabu um den Tod aufbrechen.

Da ist zunächst einmal die Sache mit den Urnen. Wie um alles in - oder besser - jenseits der Welt kommt man als Künstler auf die makaber anmutende Idee, ausgerechnet Urnen herzustellen? „Der Gedanke, mit künstlerisch gestalteten Urnen eine Nische im Bestattungsmarkt aufzutun, entsprang eigentlich einem Tick von mir", erinnert sich Antonia Thürich an die zaghaften Anfänge der Produktentwicklung. Ein Jahr lang hatte sie sich tagein, tagaus damit beschäftigt, sogenannte Deckelgefäße zu entwerfen und herzustellen: „Ich wollte partout keine profanen Vasen machen, sondern Objekte, die meinen künstlerischen Maßstäben standhalten." Ehe sie sich recht versah, stand plötzlich ihre erste Urne im Brennofen. „Das war schon ein Aha-Erlebnis", staunt Antonia noch heute. Als ausgebildete Kunsttherapeutin arbeitet sie häufiger mit Leuten, die einen nahen Menschen durch den Tod verloren haben und mit ihrer Trauer alleine nicht fertig werden. Fragen, die mit dem Sterben und dem Trauern, mit der Suche nach einem tieferen Sinn oder schlicht nach Trost zu tun haben, lösen bei ihr keine Berührungsängste mehr aus.

Ihre Werkstatt an der Wolbecker Straße, in der die Thürichs 1997 unter dem Motto ‚Kunst & Kurse' auch eine Kunstschule eingerichtet haben, war - betriebswirtschaftlich gesehen - zunächst ein reines Zuschußgeschäft. „Die Banken standen bei uns nicht gerade mit Krediten Schlange", schmunzelt Frank: „Deshalb wäre die Firma vor einem Jahr auch um ein Haar baden gegangen." Welches Geldinstitut wolle sich schon zwei Künstler ans Bein binden - noch dazu, wenn diese mit einer so morbiden Geschäftsidee wie der Vermarktung von Bestattungsurnen daherkommen: „Die haben garantiert drei Kreuze gemacht, als sie uns mit fadenscheinigen Ausreden endlich abgewimmelt hatten!" Trotz sehr hoher Investitionskosten - beispielsweise für die langwierige Recherche- und Entwicklungsarbeit oder die professionelle Firmenpräsentation auf Fachmessen mit so schönen Namen wie ‚Eternity' oder ‚Pieta' - ließen die beiden nicht locker. Antonia blickt zurück: „Während ich Kurse gab und

parallel dazu Urnen fabrizierte, hat Frank immer wieder als Steinmetz gejobt und so die Familie über Wasser gehalten." Und zu der gehören immerhin noch zwei Töchter und die stets hungrige Hündin Frida. Antonia rangelt spielerisch mit dem ein wenig streng duftenden Vierbeiner: „Frida ist die Wächterin über unser kleines Reich und inzwischen beinahe so etwas wie meine Co-Therapeutin."

Doch nochmal zurück zur Urne im allgemeinen und zu den Thürichschen Modellen im besonderen. „Die gemeine deutsche Standardurne finden wir ziemlich tödlich. Deshalb wollten wir unbedingt etwas ganz anderes machen", bringt Frank den künstlerischen Anspruch des Projektes auf den Punkt: „Etwas, das der Individualität des Verstorbenen gerecht werden und darum auch nicht als Massenware vom Band laufen sollte." Stolz präsentieren die beiden eine kleine Auswahl ihrer Kollektion. Die Formen der Urnen und ihre warme Farbgebung erinnern mich eher an Amphoren der Antike als an kalte Gräber. Ich finde es angenehm, meine Hand auf ihre kühle, rauhe Oberfläche zu legen. Das ist etwas ganz anderes als die finstere Glätte der Urnen, die mir beim zufälligen Blick in das Schaufenster eines Bestatters immer wieder eine verstohlene Gänsehaut in den Nacken pustet. Das fühlt sich gut an und beruhigend. Genau wie der steinalte, wettergegerbte Zauberkiesel, den eine Freundin einmal am Bornholmer Strand für mich gefunden hat. Die zur Fertigung einer Urne erforderlichen Arbeitsschritte nehmen etwa drei Wochen in Anspruch: Ausformen des Tons, Auftragen der Engobe (der Tonfarbe), Trocknen (zwei Wochen, sonst gibt's später beim Brennen Risse im Ton), Brennen, Bemalen oder Versilbern, Oxydierung, Lackieren, Anbringen der Absenkseile (für das Absenken der Urne in die Grabkammer).

„Bestimmte Rezepturen wie die Zusammensetzung der Engobe oder die Oxydierungs-Technik sind natürlich Betriebsgeheimnis." Frank zieht bedeutungsvoll die Augenbrauen hoch. „Aber womit wir in der Szene wirklich Furore gemacht haben, das sind unsere Archen für die Seebestattung." Antonia ergänzt: „Die stellen wir aus handgeschöpftem Japanpapier her, das sich in kürzester Zeit im Meerwasser auflösen muß." Kaum zu glauben, aber wahr: Für die Beschaffenheit der Seebestattungsgefäße gibt es tatsächlich eine DIN-Vorschrift. Irgendwie beruhigend, daß die Deutsche Industrienorm uns auch nach unserem Ableben nicht im Stich läßt ....

Frank Thürich: „Unsere Archen für die Seebestattung sind so begehrt, daß wir mit der Fertigung kaum hinterherkommen."

Bildhauerwerkstatt
Thürich GbR
+
‚Kunst & Kurse'
Wolbecker Str. 38
48155 Münster
Tel. + Fax: 0251 - 66 56 55

Wie steht es mit dem Patentschutz der Urnen-Idee und damit eben auch des Urnen-Geschäfts? Frank erklärt: „Erstens sind unsere Urnen Kunstwerke und als solche automatisch urheberrechtlich geschützt." Zudem habe er inzwischen etwa zehn Urnenmodelle als sogenannte ‚Geschmacksmuster' beim Deutschen Patentamt registrieren und so schützen lassen. „Das hat allerdings Herrn Colani nicht davon abgehalten, unser Konzept schamlos abzukupfern", entrüstet er sich und kramt zum Beweis ein Foto hervor, das eine den Thürich'schen Urnen verdächtig ähnelnde Kreation des Künstlers mit der Vorliebe fürs Runde zeigt. In die Empörung der Thürichs über den Ideenklau mischt sich unversehens eine Spur klammheimliche Genugtuung über die weiten Kreise, die ihre Urnenkunst offenbar gezogen hat.

Die Thürichs vermarkten ihre Urnen vorrangig über persönliche Kontakte. Und die wollen erst einmal geknüpft und eben auch gepflegt werden. „Deswegen sind die Fachmessen so wichtig für Neueinsteiger wie uns", erläutert Antonia. „Unser Spagat", fährt sie fort, „besteht darin, einerseits unsere kreativen Ambitionen zu realisieren und andererseits dem Bestatter ganz profan ein gutes Werkzeug für seinen Job an die Hand zu geben." Sehr wichtig sind den Thürichs aber auch die verschiedenen Ausstellungen und Kunstaktionen, die sich mit dem Tod auseinandersetzen und an denen sie sich mit Exponaten beteiligen. „Im November findet zum Beispiel eine große Ausstellung in Münster und Telgte statt", blickt Antonia voraus: „Uns liegt sehr daran, das Tabu um den Tod aufzubrechen und die Menschen dazu zu bringen, daß sie das Thema überhaupt an sich ranlassen." Das Urnenprojekt, davon sind Antonia und Frank Thürich überzeugt, ist weit mehr als nur die oft zu Unrecht geschmähte Synergie von Kunst und Kommerz. Es bedeutet auch Kultur- und Gesprächsarbeit und mündet nicht selten in die kunsttherapeutische Begleitung von Trauernden.

Welche Perspektiven sehen die Thürichs für ihr Projekt? Frank: „Unsere Kurse in Malerei und Steinbildhauerei werden wir natürlich weiterführen. Die haben sich inzwischen nämlich rumgesprochen und zu unserem zweiten Standbein gemausert." Demnächst möchte er zudem Web-Design für Bestattungsunternehmen anbieten: „Die Kombination von Kunst und Informationstechnik finde ich sehr spannend!" Ob sie allerdings in drei oder fünf Jahren immer noch Urnen herstellen werden, das können die Thürichs beim besten Willen nicht vorhersagen. Es gibt eben auch ein Leben vor dem Tod, und da kann jederzeit sehr, sehr viel passieren ....

Text und Fotos: mic

Auf der SPERRE-Couch

„Widerstand macht Spaß."

Atomausstieg, Globalisierung, Tarif- und Beschäftigungspolitik, Rentenreform, Altersarmut und - last not least - das grüne Selbstverständnis in Zeiten innerparlamentarischen Regierens: Auch jenseits von APO, BSE und CDU gibt es eine ganze Menge spannender Themen, über die man sich mit einem Vor- und Querdenker von Bündnis 90/Die Grünen unterhalten kann. Die SPERRE saß mit dem münsterschen Kreisvorsitzenden Wilhelm Achelpöhler an einem Tisch.

Wenn wir sämtliche Atomkraftwerke abschalteten, würde hierzulande keine einzige Lampe flackern.

SPERRE: Fangen wir mit einem urgrünen Thema an: der Atompolitik. Unlängst hat sich der Parteirat der Grünen mit klarer Mehrheit dagegen ausgesprochen, sogenannte ‚notwendige' Castor-Transporte zu behindern. Wie findet die Basis das? Steht die Partei vor der soundsovielten Zerreißprobe?

Achelpöhler: Solche Parteiratsbeschlüsse haben erfahrungsgemäß eine Halbwertzeit, die deutlich unter der von Uran liegt. Ich finde diesen konkreten Beschluß aus zwei Gründen seltsam: Erstens, weil kein einziger Atomtransport in Deutschland notwendig ist. Wenn wir nämlich sämtliche Atomkraftwerke abschalteten, würde hierzulande keine einzige Lampe flackern. Wir brauchen den Atomstrom nicht. Ergo brauchen wir auch keine Atomtransporte. Und zweitens haben ja die Grünen auf ihrem Parteitag hier in Münster dem Atomkonsens unter der Prämisse zugestimmt, daß man zukünftig auch außerparlamentarische Aktivitäten vor Ort unterstützen wird. Wenn man so etwas im Juni 2000 beschließt, finde ich es merkwürdig, daß man sich ein paar Monate später nicht mehr zu Protestaktionen in Ahaus oder Gorleben durchringen kann. Schließlich hat ja die Atomindustrie noch keinen wirklichen Schritt hin zur Stillegung von Atomanlagen getan. Deshalb warne ich davor, sich als grüne Partei dem Atomkonsens mit Haut und Haaren auszuliefern. Wir müssen aktionsfähig bleiben! Und die grünen Landes- und Kreiverbände in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben ja auch schon klargemacht, daß sie sich in ihrem Widerstand nicht bevormunden lassen.

SPERRE: Also keine Zerreißprobe? Aber daß in Münster ausgerechnet ein grüner Polizeipräsident den Schutz der Atomtransporte gewährleisten muß, ist schon ein ziemlicher Spagat ....

Achelpöhler: Hubert Wimber hat ja von vornherein klargestellt, daß er nicht Befehlsempfänger der Grünen ist, sondern in erster Linie ein Beamter der Landesregierung. Das ist das eine. Auf der anderen Seite macht er sich hier in Münster für ein ordnungspolitisches Klima stark, das sehr wohl die grüne Handschrift erkennen läßt. Das kann man zum Beispiel daran sehen, daß bei uns am Bahnhof keine schwarzen Sheriffs rumlaufen und daß die ganze sicherheitspolitische Hysterie, wo andere Städte und andere Parteien schon mal gerne mit den Ängsten der Bürger Politik machen, in Münster eigentlich keine Rolle spielt. Nochmal zurück zum Atomausstieg: Was den Kreisverband Münster angeht, sehe ich eigentlich keine Zerreißprobe auf die Grünen zukommen. Natürlich gibt es auch bei uns konträre Positionen zu diesem Thema, doch wir sind uns einig, daß wir auch weiterhin an Anti-Atom-Protestaktionen teilnehmen und für einen schnelleren Atomausstieg kämpfen wollen.

SPERRE: Schön und gut. Aber die Zeitbomben Temelin und Tschernobyl tikken derweil munter weiter ....

Achelpöhler: Umweltkatastrophen haben nun mal die unangenehme Eigenart, nicht an irgendwelchen Staatsgrenzen haltzumachen. Und der neue US-Präsident läßt ja jetzt schon durchblicken, daß er mit den Zielen von Rio nichts am Hut hat. Da ist es umso wichtiger, daß wir global denken und auch ausländische Umweltgruppen unterstützen. Wir müssen dahin kommen, daß wir Globalisierung gleicher-

maßen ökonomisch wie ökologisch denken. Nicht nur unter ökologischen, sondern mehr und mehr auch unter Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit liegt die Zukunft der Weltwirtschaft in der Umwelttechnologie. Für Schwellen- und Entwicklungsländer, die jetzt aus Kostengesichtspunkten auf rückständige Technologien setzen, wird das irgendwann garantiert zum Bumerang. Rumänien oder Bulgarien sind dafür Paradebeispiele. Estland dagegen, ein überwiegend agrarisch strukturierter Staat und dem Anschluß an Westeuropa schon sehr nahe, gehört inzwischen zu den Ländern mit dem größten Anteil an Bio-Landwirtschaft. Eine solch innovative Strukturpolitik wird sich mit Sicherheit rechnen.

SPERRE: Wenden wir uns wieder heimatlichen Gefilden zu. Man wird ja, wenn man sich das rot-grüne Regieren mal genauer anschaut, den Eindruck nicht los, daß Armuts- und Sozialpolitik auf der Abschußliste stehen. Die originäre Arbeitslosenhilfe hat man kurzerhand begraben, die Rentenreform hebelt mit der sogenannten Privatvorsorge ohne Not die paritätische Beitragszahlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus, grüne Vordenker liebäugeln lautstark mit der Aussetzung der Flächentarife. Gleichzeitig beschert die Steuerreform gerade Großunternehmen wie Versicherungen und Banken Einsparungen, die der münsterschen Kämmerin angesichts millionenschwerer Steuerverluste tiefe Sorgenfalten auf die Stirn treiben ....

Achelpöhler: In der Tat wollen neoliberale Weltanschauungen uns weismachen, daß unsere Industrie nur dann fit für den Weltmarkt ist, wenn die Arbeitskosten möglichst gering sind und man dementsprechend billig produzieren kann. Das ist die Logik, mit der man zum Angriff auf sämtliche Errungenschaften des Tarif- und Arbeitsschutzes bläst. Leider haben wir auch bei den Grünen ein paar neoliberale Lautsprecher wie Rezzo Schlauch und Margarete Wolf. Was die beispielsweise zum Thema untertarifliche Bezahlung absondern, ist, mit Verlaub, barer Unsinn, auch und gerade aus neoliberalem Blickwinkel. Wenn man sich nämlich mal den Spaß macht, solche Gedankenspiele konsequent zu Ende zu denken, dann begreift man, daß das nichts anderes

Nicht nur unter ökologischen, sondern auch unter Aspekten der Wettbewerbsfähigkeit liegt die Zukunft der Weltwirtschaft in der Umwelttechnologie.

sic

Sozialhilfeberatung im cuba

Achtermannstraße 10–12
48143 Münster Telefon 58856

Beratungszeiten
Di.–Fr. 9–12 Uhr
Do. 15–17 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do. 10–12 Uhr

Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo. 15–17 Uhr Telefon 43544

wäre als eine ganz bestimmte Form von Subvention. Und sowas fürchten doch gerade die Neoliberalen wie der Teufel das Weihwasser. Es kann doch nicht angehen, daß das Leben konkursgefährdeter Unternehmen durch Lohnverzichte der Beschäftigten künstlich verlängert wird. Schlecht wirtschaftende Unternehmer würden so gegenüber denjenigen bevorzugt, die sich mit guten Produkten und pfiffigen Ideen am Markt zu behaupten suchen. Der Thatcherismus hat uns ja wunderschön vor Augen geführt, wo man mit dem konsequenten Rückbau von Tarifrechten landet: Die englische Wirtschaft leidet heute unter einem unglaublichen Mangel an Facharbeitern, weil sich Weiterbildung für die Leute im wahrsten Sinne des Wortes nicht ausgezahlt hat. Das ist ein Wettbewerbsnachteil, den ein Land nicht von heute auf morgen wieder wettmachen kann. Auch hier im Münsterland haben wir ja schon erleben dürfen, wohin Lohnverzicht führt. Als der Coesfelder Maschinenbauer Herget-Hollinworth, damals einer der internationalen Marktführer in der Webstuhlproduktion, wirtschaftliche Probleme hatte, verzichteten die Beschäftigten freiwillig auf Teile ihres Lohns. Und was war die Folge? Drei Jahre später war der Laden pleite. Die deutschen Unternehmer und auch die Politiker täten gut daran, sich nicht auf solche kurzfristigen Strategien zu versteifen. Die führen nämlich todsicher in die falsche Richtung.

SPERRE: Das klingt jetzt sehr ökonomisch. Wo bleiben aber die sozialen Standards?

Achelpöhler: Das hängt ja alles sehr eng zusammen. Die Zukunft gehört zweifels ohne den innovativen und ökologischen Produkten und damit den Unternehmen, die auf eine gut qualifizierte und entsprechend motivierte Belegschaft setzen. Zudem hat natürlich eine angemessene Lohnpolitik, beispielsweise unter Aspekten der Binnennachfrage, auch gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Konsequenzen. Für die sozialen Standards gilt: Die wurden jahrelang erkämpft und man muß auch weiter um sie kämpfen.

Für die sozialen Standards gilt: Die wurden jahrelang erkämpft und man muß auch weiter um sie kämpfen.

Hier geht es um die schlichte Frage der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums, auch wenn sich das jetzt etwas unmodern anhört. Um noch einmal auf die Vorschläge zur untertariflichen Bezahlung zurückzukommen: Schon heute haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, mit arbeitgeberbezogenen Tarifverträgen auf konkrete Wettbewerbssituationen zu reagieren.

SPERRE: Das genügt Rezzo Schlauch aber nicht ....

Achelpöhler: Gut, da versuchen jetzt manche, Duftmarken in der Öffentlichkeit zu setzen und die Grünen als eine wirtschaftsorientierte Mittelstandspartei zu positionieren. Solche Sprüche machen natürlich die Zusammenarbeit mit Betriebsräten vor Ort nicht gerade einfacher. Wenn man so etwas in der Zeitung liest, dann kommen Gewerkschafter wohl kaum auf die spontane Idee, in den Grünen ihren natürlichen Partner zu sehen. Aber ganz so einfach ist der innerparteiliche Prozeß eben doch nicht gestrickt. Auf der einen Seite haben wir, wie gesagt, ein paar neoliberale Lautsprecher. Auf der anderen Seite, und das wäre vor zehn Jahren doch undenkbar gewesen, ist der Vorsitzende einer der größten deutschen Gewerkschaften ein Grüner. Das beweist, daß grüne Politik und Gewerkschaftspolitik durchaus zusammengehen.

SPERRE: Aber in der Rentendiskussion sind doch viele grüne Positionen verlorengegangen. Die Regierungsvereinbarung sah ja noch vor, daß die garantierte Grundsicherung kommen soll. Davon ist offenbar nichts übriggeblieben ....

Achelpöhler: Wichtig ist ja nicht allein, ob so eine soziale Grundsicherung kommt, sondern vor allem, wie sie dann finanziell ausgestattet wäre. Ich fürchte, die Diskussion ginge eher dahin, daß man so eine Art pauschalierte Sozialhilfe einführt. Aber keine Frage: Bei der Rentenreform haben die Grünen sicherlich nicht die allerbeste Figur gemacht. In der Debatte um die sozialen Einschnitte der Reform waren es vielmehr die Gewerkschaften und sogar Teile der CDU, die auf mehr soziale Gerechtigkeit drangen, während die Grünen bis zuletzt daran festgehalten haben, daß es angeblich keine Alternativen zu den vereinbarten Regelungen gebe. Und die programmieren Altersarmut doch vor, weil erstens sowieso kaum jemand die sogenannte Durchschnittsrente erreicht und zweitens viele Menschen die Beiträge zur Privatvorsorge nicht werden aufbringen können.

SPERRE: Zum Beispiel die Arbeitslosen ....

Achelpöhler: Arbeitslose sind, was die Frage der Alterssicherung angeht, in einer besonders prekären Situation. Einmal erwerben sie, unabhängig von der gegenwärtigen Reformdebatte, deutlich geringere Rentenanwartschaften als früher, weil das Arbeitsamt Rentenbeiträge nur noch nach dem Zahlbetrag des Arbeitslosengeldes oder der Arbeitslosenhilfe abführt und nicht mehr auf der Basis des zugrundeliegenden Bruttolohnes. Gleichzeitig wird es den Arbeitslosen unmöglich gemacht, eine eigene Vorsorge für das Alter aufzubauen, indem Ersparnisse stärker auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet werden als noch unter der alten Bundesregierung. Nach der früheren Regelung durfte ja privates Vermögen nicht angetastet werden, soweit es ausreichte, die zu erwartende Rente bis zum früheren Nettolohn aufzustocken. Das hat man jetzt auf ein Sparguthaben von tausend Mark pro Lebensjahr pauschaliert, sprich: reduziert.

SPERRE: Auf dem sozialen Auge ist Rot/Grün also kurzsichtig?

Achelpöhler: Generell kann man sagen, daß diejenigen, die im Erwerbsleben stehen, von der Sozialpolitik der Bundesregierung profitieren, von der Steuerreform beispielsweise. Davon hat der Arbeitslose nichts. Im Gegenteil: Die sozialen Perspektiven der Arbeitslosen haben sich ziemlich verdunkelt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Arbeitslose meist sehr schlecht organisiert sind. Hinzu kommt ja, daß unter dem wohlfeilen SPD-Ticket ‚Aktivierende Sozialpolitik' der Druck auf Arbeitslose verstärkt wird, Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, die zum Teil deutlich unter ihrem früheren Qualifikations- und Gehaltsniveau liegen. Auf der anderen Seite hat sich unter Rot/Grün aber auch einiges für die Arbeitslosen und die sozial Schwachen getan. Da schlägt in erster Linie die Wohngelderhöhung zu Buche, die Anfang des Jahres gekommen ist. Die erste seit 1990 übrigens. Dafür hat die Regierung immerhin anderthalb Milliarden Mark in die Hand genommen. Und dann ist da ja auch noch die deutliche Erhöhung des Kindergeldes.

SPERRE: Zum Schluß noch ein kurzer Blick ins beschauliche Münster. Die SPERRE macht sich ja seit Jahren für den Münster-Paß stark, mit dem arme Leute unter anderem billiger Busfahren können. Jetzt hat die CDU die Ermäßigungen kurzerhand halbiert. Prompt sinkt die Inanspruchnahme, und die Stadt spart gegenüber ihrer ursprünglichen Kalkulation 150.000 Mark pro Jahr ....

Achelpöhler: Ich finde solche Kürzungen obszön, vor allem, wenn man gleichzeitig Golfclubs in großem Stil fördert. Aber wo bleibt die Gegenwehr? Nur jammern, das bringt's nicht. Die Leute müssen selbst was machen und ihren Protest artikulieren. Übrigens: Widerstand kann auch Spaß machen! In Ahaus, in Gorleben oder auch vor dem münsterschen Rathaus.

SPERRE: Ein schönes Schlußwort. Herr Achelpöhler, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Arbeitslose sind, was die Frage der Alterssicherung angeht, in einer besonders prekären Situation.

Das Gespräch mit Wilhelm Achelpöhler führten Arnold Voskamp und Michael Weist.
Fotos: Schwentker

Neue Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
10 - 13 Uhr
14 - 18 Uhr
LILALEEZE
Frauenfahrradladen
Dortmunderstr. 11 Tel: 66 57 61

Jana und die Traumrichter

Ein Sachbuch für Kinder im Alter zwischen zehn und vierzehn Jahren, in dem sich Adam Smith, John Maynard Keynes und Karl Marx höchstselbst die Ehre geben und erörtern, wie Menschen ihre Arbeit verlieren und vielleicht eine neue finden.

Uwe Wiedenstried:
Jana und die Traumrichter

Wie Menschen ihre Arbeit verlieren und vielleicht eine neue finden.

Mit 58 Illustrationen von Frank Hegemann
Taschenbuch, 280 Seiten
Hrsg: Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e. V.
1. Aufl., 1000 St.
Münster 2000
Bezugspreis: DM 10,00
ISBN 3-00-005960-1
Erhältlich im Buchhandel und bei AbM e.V.,
Achtermannstr. 7,
48143 Münster
Tel. 0251 - 51 11 21
Fax: 0251 - 4 79 14

Bürgerinnen-Antrag von OB Tillmann im Rat eingebracht

FrauenAktionsBündnis Münster fordert für fünf Grundschulen sieben weitere ErzieherInnen-Stellen

In dem Bürgerinnen-Antrag fordert das *FrauenAktionsBündnis Münster* die sofortige Erweiterung des Stellenplans, damit in den sogenannten ‚Betreuungsgruppen bis 16 Uhr mit hauptamtlichen ErzieherInnen' auch tatsächlich hauptamtliche ErzieherInnen die Betreuung übernehmen können. Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann hat den Antrag in der Ratssitzung am 31. Januar bekanntgegeben, damit die Gremien im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2001 darüber beraten und entscheiden können.

Es gibt an 42 münsterschen Grundschulen für die Kinder Betreuungsangebote ohne hauptamtliche MitarbeiterInnen in 88 Gruppen. Darüber hinaus bieten 14 Grundschulen eine ‚Betreuung bis 16 Uhr mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen' an. Hier sind für insgesamt 32 Gruppen 25 hauptamtliche ErzieherInnen mit halber Stelle bei der Stadt beschäftigt. Damit ist die personelle Situation in den Schulen sehr verschieden. In neun Schulen ist pro Gruppe, wie angeboten, eine hauptamtliche Erzieherin zuständig. In fünf weiteren jedoch - der Bodelschwingh-, der Hermann-, der Mathias-Claudius-, der Ludgerus- und der Michaelschule - sieht es so aus, daß für zwei beziehungsweise drei Gruppen nur eine oder zwei Erzieherinnen zuständig sind, die, wie in all den 25 anderen Gruppen auch, durch weiteres, nicht hauptamtliches Personal (geringfügig Beschäftigte) unterstützt werden.

Mit dem Antrag zur Erweiterung des Stellenplanes ab April 2001 soll erreicht werden, daß die ungleiche personelle Ausstattung in den Grundschulen beim ‚Betreuungsangebot bis 16 Uhr mit hauptamtlichen ErzieherInnen' endlich aufgehoben wird und alle Kinder die gleiche Betreuung mit hauptamtlichen ErzieherInnen und ergänzendem Personal erhalten.

„Darüber hinaus ist das bestehende Angebot auch überhaupt nicht ausreichend", sagen die Frauen, „auch wenn die Stadt betont, daß es in Münster gut aussehe. Im Vergleich zu anderen Städten mag das stimmen, im Vergleich zum wirklichen Bedarf sieht es aber schlecht aus." Jetzt bei den Anmeldungen der Erstklässler wird der Fehlbedarf sicher in allen Schulen wieder deutlich. Doch die Stadt zeigt keinerlei Anstrengungen, die auf einen bedarfsgerechten Ausbau hinweisen. Im Gegenteil ist zu hören, daß es keinen Rechtsanspruch wie bei der Kindergartenbetreuung gebe und auch keinerlei Begehrlichkeiten geweckt werden sollten. Das *FrauenAktionsBündnis* findet diesen Umgang mit der Problematik zynisch und hält einen schnellen Ausbau der ‚Betreuung bis 16 Uhr mit hauptamtlichen ErzieherInnen' an Grundschulen für unverzichtbar.

Anne Neugebauer

Das Sobi erkennt den ‚Vorläufigen Münster-Paß' an.

Bildungsangebote für Jung und Alt

Der ‚Vorläufige Münster-Paß' der Arbeitslosen-Initiativen macht's möglich: Geringverdienende bekommen Ermäßigungen für zahlreiche Veranstaltungen und Angebote in Münster. Zum Beispiel für Kurse im Sozialpädagogischen Bildungswerk (Sobi). Hierzu unterhielt sich die SPERRE mit der Leiterin des Sobi, Maria Klein-Schmeink.

SPERRE: Wir würden zunächst gerne etwas über die Entwicklung und Entstehung des Sobi erfahren.

Klein-Schmeink: Wir sind ein Bildungswerk in freier Trägerschaft. Wir bestehen seit 1979 und sind aus einer Initiative von Studenten und Berufstätigen aus dem sozialen und dem Umweltbereich entstanden. Und haben uns dann zu einer Einrichtung entwickelt, die insbesondere im Bereich der Persönlichkeitsbildung arbeitet. Wir sind eines der maßgeblichen Projekte im Aufbau des *cuba* gewesen. Wir waren Träger und Initiator sowohl der Sozialhilfeberatung als auch der Arbeitslosenberatung, schon bevor das *cuba* bestanden hat. Seit vielen Jahren arbeiten wir als reines Frauenteam.

SPERRE: Wo liegen die Angebotsschwerpunkte?

Klein-Schmeink: Unser Schwerpunkt liegt bei der personenbezogenen Bildung und der Gesundheitsbildung. Wir sind natürlich darauf angewiesen, daß unser Angebot auf Zuspruch stößt, müssen also immer nah am Interessenhorizont des Publikums sein. Wir verstehen uns durchaus auch als Brücke zu anderen Kulturen, deren Sichtweisen wir zum Beispiel in unsere Gesundheitskurse oder die kulturelle Bildung einbeziehen. Ein zweiter Schwerpunkt sind Angebote zur berufsbezogenen Fortbildung. Hier bieten wir umfangreiche Methodentrainings an, insbesondere im Bereich der Gesundheitspflege. Außerdem sind wir hier in Münster eine besondere Adresse für Bildungsurlaube im Arbeitsfeld von Sozialpädagogen, Pädagogen und helfenden Personen.

SPERRE: Ist dieses Angebot größtenteils für Frauen ausgeschrieben?

Klein-Schmeink: Unser Angebot ist in der Regel für beide Geschlechter ausgeschrieben. Trotzdem sind etwa 70 Prozent der Teilnehmer weiblich. Wir haben aber ein besonderes Angebotssegment, wo wir Kurse nur für Frauen anbieten, Bauchtanzkurse zum Beispiel. Hier geht es nicht nur um den Tanz, sondern um das Verhältnis zu sich selber und zu dem eigenen Körper. Wir bieten zudem Kurse an, die sich mit den Wechseljahren beschäftigen oder ähnliche Angebote entlang von Themen, die sich um besondere Lebensphasen drehen.

SPERRE: Gibt es bestimmte Altersgrenzen ?

Klein-Schmeink: Insgesamt haben wir den Ansatz, daß wir generationenübergreifend arbeiten. Wir nehmen normalerweise keine Altersbegrenzung vor. Es sei denn, es ergibt sich aus der Sache, wenn es beispielsweise um körperliche Beweglichkeit im Alter geht. Ansonsten sprechen wir Jung und Alt an. Wir machen oft die Erfahrung, daß die Angebote so attraktiv sind, daß sie sowohl Jüngere als auch Ältere interessieren, und daß die Altersgruppen eher voneinander lernen als unter sich sein wollen.

Im Sobi-Kurs ‚Indischer Tanz' Foto: Emmerich

SPERRE: Wie finanziert sich das Sobi?

Klein-Schmeink: Diese Einrichtung wird, wie viele andere Einrichtung in Nordrhein Westfalen, durch das Weiterbildungsgesetz gefördert. Dadurch werden 50 - 60 Prozent der Kosten gedeckt. Darüber hinaus müssen wir uns aus Mitgliedsbeiträgen und Sponsorengeldern finanzieren. Wir unterscheiden uns da von der Volkshochschule, die ja außer der Landesförderung auch über eine städtische Förderung verfügt.

SPERRE: Erkennt das Sobi den Münster-Paß an?

Klein-Schmeink: Der Münster-Paß ist aus dem *cuba* heraus mit initiiert worden, deshalb gewähren wir eine Ermäßigung von 15 Prozent. Wir halten die ermäßigten Kurse für ein ganz wichtiges Instrument, um auch einkommensschwachen Leuten den Zugang zu ermöglichen. Der Münster-Paß sollte auf jeden Fall erhalten bleiben.

SPERRE: Frau Klein-Schmeink, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch mit Maria Kleink-Schmeink führten Anne Besse und Maria Hamers.

Das Geld soll also, wenn es den Waren gegenüber keine Vorrechte haben darf, wie die Waren verrosten, verschimmeln, verfaulen; es soll zerfressen werden, erkranken, davonlaufen, und wenn es verendet, soll der Besitzer noch den Lohn des Abdeckers bezahlen.

Silvio Gesell (1862 - 1930)

Tauschringe

idealistisch pragmatisch praktisch gut

Tauschbörse *Give & Take*
Postfach 42 01 22
48058 Münster
MS / 37 94 208 / 21 56 23

Tauschring *LOWI e.V.*
Kampstr.1
48147 Münster
MS / 53 21 71

Seit einigen Jahren schießen Tauschringe wie Pilze aus dem Boden. Etwa 360 sind es in Deutschland, weltweit über 1600. Die Intention: Waren und Dienstleistungen untereinander zu tauschen, ohne auf Geld angewiesen zu sein. In Münster gibt es zwei Tauschringe, in denen Privatpersonen ihre Fertigkeiten und Besitzgüter tauschen können. Tauschen ist eine der urtümlichsten Handlungen des Menschen - die Entwicklung des Geldes war zwar logisch, ist aber nicht unwidersprochen. *"Tauschen liegt in der Natur des Menschen... Geld bezahlen nicht..."* Anstelle des Geldes wird über ein Ersatzgeld verrechnet. In den Tauschringen finden sich daher sowohl geldreformatorische als auch rein pragmatische Ansätze, Ideologisches und Praktisches, deren Grundlagen sich auch aus der Geschichte heraus begreifen lassen.

Im Jahre 1932, während der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, waren in der 4.200 Einwohner zählenden Gemeinde Wörgl in Österreich rund 400 Menschen arbeitslos. Eine hohe Verschuldung der Gemeinde und fehlende Armenfürsorge erstickten das Dasein. Da entschloß sich der Bürgermeister zu einem Wagnis. Die Gemeinde gab ein eigenes Geld heraus, sogenannte Arbeitswertbestätigungsscheine, die auf offizielle Schillinge lauteten. Fast alle Gemeindemitglieder, Arbeiter und Geschäftsleute akzeptierten es. Als mehr als teilweise Ergänzung zu dem normalen Geldverkehr bewirkte es eine Senkung der eigenen Arbeitslosenzahlen um 25% im Gegensatz zu einer 10%igen Erhöhung im übrigen Land. Nötige Bauvorhaben konnten verwirklicht werden. Die Gemeinde konnte sich tatsächlich auch finanziell recht gut sanieren. Nach 14 Monaten erwirkte die Nationalbank ein Verbot - das *Freigeldexperiment* von Wörgl jedoch blieb im Gedächtnis der Öffentlichkeit.

Geistiger Vater dieses Experiments war *Silvio Gesell*. Er wollte durch die Einführung von Freigeld den "kranken Geldumlauf" durch Verzicht auf Verzinsung, dagegen aber mithilfe einer sich ständig minderndern Kaufkraft wieder gesunden lassen. "Hortbares" Geld müsse in "verderbbares" umgewandelt werden – Geldbesitz würde uninteressant und jeglicher Spekulationen abhold werden.

In England, in den 20er und 30er des 19. Jahrhunderts postulierte *Robert Owen*: Der Wert aller Waren solle sich nur allein nach der für ihre Herstellung notwendigen Arbeit berechnen, nicht aber nach dem künstlichen, fiktiven Geld. Ein wirtschaftlicher Gewinn findet ergo nicht statt. Owen gründete Konsumgenossenschaftsbewegungen, basierend auf dieser rudimentären Arbeitswerttheorie. Seine ‚Arbeitsbörsen', deren Tauschmittel ‚Labour Notes' waren, scheiterten zwar an organisato- rischen Mängeln und Bewertungsschwierigkeiten der Tauschobjekte untereinander, aber weitere, erfolgreiche Umsetzungen in England folgten.

Mit der Einführung von Tauschbons als zinslosen Krediten in Tauschbanken (banque du peuple) versuchte sich 1848 in praxi *Pierre Joseph Proudhon* – welcher der ist, dem die Polemik "Eigentum ist Diebstahl" zugeschrieben werden darf. Geld und Zins sollten beseitigt werden, Gegenseitigkeit und Tausch wären Grundlagen seiner Reformation. Zwar waren Arbeiter und Selbständige interessiert, doch Proudhon´s Idee etablierte sich leider nicht, weil er im Zuge seiner Kritiken an Napoleon eingeknastet wurde. Pech...

An der Geschichte der Tauschringe ist vor allem auch bemerkenswert, daß es überhaupt eine Geschichte gibt. Die historische Wurzel dieser Tauschringe wurde getränkt vom gärenden Gift der sozialen Probleme im Zuge der europäischen Industrialisierung; frühsozialistische Überlegungen beteiligten sich – und aus der Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem entwickelten sich verschiedene Tausch-Ansätze.

Die heutigen Tauschringe betreiben vor allem eins: Tauschen. Aber wie werden die Tauschmittel miteinander verrechnet? Auf der einen Seite geschieht dies zeitorientiert, d.h. Leistungen werden nach der aufgewendeten Zeit bewertet. Das ist ungewohnt, gewöhnungsbedürftig - Arbeitszeit wird da plötzlich der Lebenszeit gleichgestellt, aber hier handelt es sich wirk-

lich um eine Neubewertung der Arbeit, unabhängig von ihrer Bewertung auf dem Kapitalmarkt, und exemplarisch steht dafür *Give&Take*. Eher leistungsorientiert wird bei *LOWI* (*Lokale Wirtschaftsinitiative*) getauscht, mittels eines Punktesystems, dort sind bestimmte Arbeiten mehr wert als andere; die Möglichkeit der freien Vereinbarung des Tauschwertes läßt dem kapitalistischen Werteempfinden ein Schlupfloch. *LOWI* sieht sich auch als Wegbereiter der Freiwirtschaftslehre von Gesell, ohne allerdings die Idee des Wertverlustes der Währung integriert zu haben. Diese nicht unumstrittene Lehre, zu der *LOWI* Vorträge und Diskusssionen anbietet, wird von dem Freiwirtschaftler Helmut Creutz bezüglich der geldreformatorischen Rolle der Tauschringe relativiert: *„Selbst wenn ein solches Modell mit ein paar tausend oder zehntausend Menschen zustandekommt, ist es zur Veränderung der geldbezogenen Strukturprobleme ähnlich wirkungslos wie der Versuch, durch Stumpfmachen aller Haushaltsmesser die Überrüstung abzubauen"* (Tauschring -Archiv).

Interessant ist die zunehmende Vernetzung der TR´s, gerade die der zeitorientierten, denn diese stellen die Mehrheit im Bundesgebiet. So ist G&T im Bund mit Rheine und Emsdetten - vielleicht der Vorläufer eines TR´s Münsterland. Auch eine kurze Reise durch das Internet offenbart die Tendenz zur Vernetzung, obwohl TR´s - als geschlossene Systeme gegenüber der Geldwirtschaft - Grenzen haben werden. Was Münster betrifft, so sind *LOWI* und *Give&Take* eine praktikable Möglichkeit, sowohl Teile des normalen Bedarfs geldlos zu decken als auch sonst unerschwingliche Angebote wahrnehmen zu können. (s.a. S.5: „Tauschbörse und Sozialamt") Über diese praktische Anwendbarkeit hinaus, fernab des sinnlichen Erlebnisses, der Geldwirtschaft eins ausgewischt zu haben und jenseits des Spaßfaktors, erscheint am Horizont ein Hauch von Utopie, nüchtern im Kleffmann/Tauschring-Archiv formuliert: *„Im Austausch der sozialen, geistigen und wirtschaftlichen Hilfe untereinander entstehen neue Modelle für eine zukunftsfähige Gesellschaft."*

That´s it.

Text und Foto: sr

LINKS zum Thema

www.tauschring-archiv.de
www.tauschring-lowi.de
home.nikocity.de/nachbarschafthaus/tausch/tr-adr.htm
www.anjora.de/creutz
www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Organisationen/Diverse/Algesell.html
home.t-online.de/home/h.-j.werner/rechtsf2.htm

Kontroversen und Positionen
Eine Buchbesprechung

La renta bàsica wird es in Spanien genannt, Revenue Minimum Européen (Europäisches Mindesteinkommen) in Italien. In Frankreich hat die Aktion ‚Agir ensemble contre le chomage!' (Gemeinsam handeln gegen Erwerbslosigkeit!) garantiertes Einkommen oder ‚sozialen Lohn' zum Thema und ruft auf zu einem europäischen Netzwerk für das Einkommen. Europa wächst zusammen, auch Europas Erwerbslose schildern die konkrete Utopie von einem würdigen Leben und der Abschaffung der Armut durch ein Existenzgeld. Dieser Sammelband hat den Stand der Debatte in der Vielfalt der vertretenen Positionen dokumentiert.

Die Herausgeber beginnen mit der Darstellung der Geschichte und Entwicklung einer Existenzgeldforderung innerhalb der Erwerbsloseninitiativen. Anläßlich der Konferenz ‚Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung' im März 1999 in Berlin entstanden einige der Beiträge, die in diesen Band aufgenommen wurden. Mit der Lektüre des Buches erhalten die Leser und Leserinnen einen guten Überblick über die verschiedenen Definitionen von Existenzgeld und garantiertem Einkommen, von Grundsicherung, garantiertem Grundeinkommen, Mindestlohn und Mindestrente.

Dabei sind ebenso kritische wie konträre Positionen dokumentiert. Die Berliner Frauengruppe ‚Glanz der Metropole' beispielsweise formuliert schärfer, was über die „Entkoppelung von Einkommen und Arbeit" hinausgeht, nämlich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, aufzuheben. Denn: „Von der Geschlechterhierarchie her bleibt alles beim alten."

Wer soll das bezahlen? Der Band stellt sich auch die Frage nach der Finanzierbarkeit eines Existenzgeldes und zeigt im Beitrag der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen' auch ganz konkrete Berechnungen auf. Es ersetzt nämlich „die Sozialhilfe inklusive der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Arbeitslosenhilfe, das Kindergeld, das Erziehungsgeld, das BAFöG und andere Ausbildungsbeihilfen." Hiernach schließt „die Forderung nach Existenzgeld die Art und Weise ein, wie die Arbeit organisiert ist und was für wen produziert wird. Denn daran hängen neben der Erwerbslosigkeit auch alle anderen Probleme wie die Ausbeutung der Menschen in der sogenannten Dritten Welt, die Umweltzerstörung, die Sinnentleerung im Konsum und vieles mehr. Weil im Grunde klar ist, daß in jeder Gesellschaft gearbeitet werden muß, um die materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse aller Menschen befriedigen zu können, geben wir auch den Anspruch nicht auf, diese Arbeit gemeinsam mit allen Menschen selbst zu organisieren."

Den Herausgebern geht es darum, „die Vielfalt der Debatte beizubehalten und darüber hinaus auszuweiten. Der Band soll aber auch dazu anregen, Erfahrungen für praktische Politikformen auszutauschen und neue Räume für politische Praxis zu erschließen."

Fazit: Lesen, Diskutieren, Weitertragen.

abe

Existenzgeld:
Kontroversen und Positionen
Hrsg.: Hans-Peter Krebs, Harald Rein
ISBN 3-89691-475-8
255 Seiten
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2000

Das Lösungswort - eine zur Zwischenlagerung von Uranabfällen unübliche Umfassung - ergibt sich aus den umrandeten Feldern. In die Verlosung kommen alle TeilnehmerInnen, die uns bis zum

9.März

per Telefon (**511121**), per Fax (**47914**), per Post oder per E-Mail (**sperre@muenster.de**) die richtige Antwort mitgeteilt haben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Mittelweg ist langweilig. Also am besten links halten ....

Zu gewinnen gibt es:

ein wunderschönes Brettspiel
- Die Hanse -
Pfeffersäcke und Vitalienbrüder

Hier die Gewinnerin der letzten SPERRE-Ausgabe:

Marlies Tönsmann

Herz Los

Sie, aufgeschlossen, naturverbunden, unternehmungslustig, verliebt in Irland, sucht ihn, 35 bis 45 Jahre alt, der mit beiden Beinen fest im Leben und mit Haut und Haaren auf die grüne Insel steht.
Offerte 010101

Füreinander da sein, miteinander träumen, sich aufeinander verlassen, aber auch mal ohne einander klarkommen. Er, 28, 184, 80, sucht nette Frau zum Sich-ineiander-Verlieben.
Offerte 020101

Zuschriften an die SPERRE

1. Heißer Stuhl der Sperre, nur viel breiter und total bequem.

2. Politisierende Bioform eines Hifi-Endgerätes (frei nach Achelpöhler).

3. Auch vermittels des Münsterpasses im Sobi erlernbare ekstatische Bewegungsform.

4. War irgendwie besser als die „Neue", ist aber ein Name für ein Arbeitslosenzentrum.

Offene Redaktionssitzung

am Dienstag, 20.März in der Sperre um 12^{00}

Artikel
Recherchen
Reaktionen
Diskussionen
Konsens
Nonsens

Themen
Temperamente
Initiativen
Beiträge
Gerüchte
Mitarbeit

Nur Dieckstraße 73–75
DIE MÖBELRAMPE

ist eine Einrichtung zur beruflichen und sozialen Integration von Nichtseßhaften, Haftentlassenen und Alkoholikern.

Auch Sie können uns unterstützen:

• durch Spenden
von Möbeln, Elektrogeräten, Trödel, Hausrat aller Art*.

• durch Kauf
denn die Sachkosten, also Miete, Telefon, Material, Fahrzeugskosten usw. müssen wir selber aufbringen.

• durch Mitarbeit
wenn Sie Engagement und handwerkliches Geschick mitbringen.

***Auch komplette Haushaltsauflösungen, z. B. im Todesfalle, werden von uns abgewickelt.**

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie uns an. Wir stehen Ihnen gerne Rede und Antwort.

Telefon: (02 51) 2 30 11 55

Kinderhaus!

Auf unserem großen Spielgelände direkt am Wald kannst du turnen, toben, matschen, rutschen oderradfahren ...

Wir gehen zusammen zum Bauernhof oder ins Schwimmbad, tanzen und musizieren mit Claudia oder spielen und basteln im Haus. Wenn du bald 3 Jahre alt wirst oder schon älter bist, komm doch einmal vorbei und schau dir mit deinen Eltern alles an:
Du findest uns am Ende der Kanalstraße, nahe bei der LVA und der Provinzial-Versicherung.

Kindergruppe:
Straßburger Weg,
Grevener Str. 403, 48159 Münster, Tel. MS 21 73 41

STADT MÜNSTER
Presse- und Informationsamt

Tausend Fragen - zwei Adressen

Bürgerberatung im Stadthaus I

Wir sagen Ihnen, wo's langgeht
Wo finde ich was? Welche Stelle ist zuständig? Ansprechpartner? Öffnungszeiten?

Schwarz auf weiß zum Mitnehmen
Broschüren, Infoblätter, Programme, Veranstaltungskalender, Formulare, Stadtpläne

Wir sind für Sie da
Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr; Sa 9.30 - 13.00 Uhr
Telefon 492-1313

Stadt-Infos im publicom

www.muenster.de/stadt
Diese Internet-Adresse führt zu Informationen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung

Zum Beispiel:

www.muenster.de/stadt/vhs
Komplettes Jahresprogramm der Volkshochschule, Kurse und andere Veranstaltungen suchen und online buchen, Termine, VHS aktuell

www.muenster.de/stadt/wohngeld
Neues Wohngeld-Gesetz mit Formularen zum Download

www.muenster.de/stadtbuecherei
mit Online-Katalog, Vormerkung, Verlängern und Zugriff auf über 300.000 Medien

www.muenster.de/stadt/archiv
Adresse für Leute mit Interesse an Stadtgeschichte, mit 2 Online-Ausstellungen

www.muenster.de/stadt/formulare
Vordrucke zum Download, teilweise zum online ausfüllen

Arbeitslose brauchen Medien e.V.

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster
Tel. 51 11 21 · Fax 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 10.00–16.00

Termine:

Mo.	Freizeitgruppe Segeln	10.00–11.00
	Treffen für Interessierte, freie MitarbeiterInnen, PraktikantInnen u. ProjektteilnehmerInnen	12.00–13.30
	Arbeitskreis Markt (2. Mo. monatl.)	19.00–20.00
	Stammtisch (2. Mo. monatl.)	20.00–22.00
Di.	Frühstück (1. Di. monatl.)	10.00–12.00
	Redaktionssitzung	12.00–14.00
	Fotogruppe	19.00–21.00
	Freier Mac-Workshop (4. Di. monatl.)	20.00–22.00
Mi.	Offener Frauentreff	14.30–16.00

Weitere Termine nach Vereinbarung.

Die Sendung zum Thema:
„W.A.S. – Wohnen, Arbeit, Soziales"
auf RADIO ANTENNE MÜNSTER jeden 4. Donnerstag im Monat
von 18.04 Uhr – 19.56 Uhr.

Wir suchen freie MitarbeiterInnen & PraktikantInnen für

- Text
- Layout
- Redaktion
- Fotografie
- Verteilung
- Zentrumsarbeit
- Anzeigenakquise

Meldet Euch bei:
SPERRE
Münsters aktuelles Magazin für Arbeit und Soziales
Achtermannstr. 7
(gegenüber vom c.u.b.a.)
48 143 Münster
✆ 0251/ 511121

Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstr. 10–12
48143 Münster

Arbeitslosenberatung Offene Beratung ohne Voranmeldung **Tel. 51 19 29**	Mo. u. Do. Di. u. Do. u. nach Vereinbarung	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr
sic – Sozialhilfeberatung im cuba **Tel. 5 88 56**	Di. bis Fr. Do.	09.00–12.00 Uhr 15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende **Tel. 5 88 56**	Do. u. nach Vereinbarung	9.00–12.00 Uhr
Sozialhilfesorgentelefon **Tel. 4 35 44**	Mo.	15.00–17.00 Uhr
Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen **Tel. 51 19 29**	nach Vereinbarung	

KEIN STILLSTAND OHNE STELLE

Stammtisch
für Arbeitslose und Interessierte
– *Austausch von Ansichten, Anregungen, Auswegen* –

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

Kontakt:
Maike Horstmann
Arbeitslose brauchen Medien e.V.
Achtermannstraße 7
48143 Münster
Tel. 0251/51 11 21

NEU **Treff für arbeitslose Frauen** *NEU*
Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 14.30 Uhr–16.00 Uhr

Kontakt:
Maike Horstmann
Tel. 02 51/ 51 11 21

im *SPERRE*-Keller gegenüber vom cuba.

IDEENBÖRSE

Wille – Weg – Ziel

Für ExistenzgründerInnen auch ohne Kapitalpolster. Jeden Dienstag, 14–16 Uhr, im PHÖNIX-Gründerzentrum, Hafenweg 15, Münster • Info-Telefon: 02 51/ 60 95 90, Norbert Attermeyer.